Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 222. Dienstag, den 22. September 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Nürnberger Tagung.

P. L. Wenn man die Polemiken verfolgte, die kurz vor dem Nürnberger Parteitag von den verschiedensten Parteiblättern anläßlich der Budgetbewilligungen unserer süddeutschen Genossen geführt wurden, so konnte man wohl zu der Befürchtung kommen, daß die Nürnberger Tagung in der Parteigeschichte auf dem gleichen Blatt wie die Dresdener verzeichnet sein würde. Im Interesse der Partei liegt es sicherlich, daß eine Frage von der Bedeutung der Zustimmung unserer Abgeordneten zum Budget eines Klassenstaates gründlich erörtert wird; nicht minder notwendig ist es jedoch, daß diese Diskussion in Formen geführt wird, die die Genossen, welche abweichender Ansicht sind, nicht unnötig erbittern und verletzen. Leider ist das nicht immer genügend beachtet worden.

Die Debatte über die Budgetbewilligung war in Nürnberg eine gründliche. Mehrere Tage nahm sie in Anspruch. Den süddeutschen Genossen war die ausreichendste Gelegenheit gegeben, die Gründe anzuführen, welche sie zur Bewilligung der Finanzgesetze in Bayern, Baden und Württenberg bewogen hatten. Wer darauf gewartet hatte, daß die Aussprache viel Neues bringen würde, der wird enttäuscht gewesen sein. Niemand wird bestreiten können, daß unsere süddeutschen Genossen in den verschiedenen Landtagen ihre Pflicht im vollsten Maße getan haben. Auch das muß unumwunden zugegeben werden, daß sie es mit zäher Energie verstanden haben, den Regierungen eine ganze Reihe von Zugeständnissen für die Arbeiter abzuzwingen. Dafür aber, daß die im letzten Absatz der Lübecker Resolution erwähnten besonderen Umstände für die Zustimmung zum Budget vorgelegen haben, konnte u. E. ein schlüssiger Nachweis nicht erbracht werden. Trotzdem sind wir der Meinung, daß es für die Partei am besten gewesen wäre, wenn der Parteitag sich auf den Vermittlungsantrag Frohme, der ausdrücklich den Lübecker Beschluß bestätigt, jedoch bezüglich der Ausnahmen ein Einverständnis zwischen dem Parteivorstand und den in Betracht kommenden Landesorganisationen herbeigeführt wissen wollte, vereinigt hätte. Durch die Debatte war der Wille der Mehrheit der Partei so deutlich und entschieden zum Ausdruck gekommen, daß es einer ausdrücklichen Kundgebung darüber, daß die Annahme der Finanzgesetze in Süddeutschland durch unsere Genossen nicht mit dem Lübecker Beschluß zu vereinbaren sei, in der Resolution nicht mehr bedurfte.

Die Ablehnung der Resolution Frohme dürfte jedoch auch zum großen Teil mit auf das Konto des Verhaltens der Süddeutschen zu schreiben sein, die in ihren Ausführungen immer wieder erklärten, sich dem Beschlusse des Parteitages, wenn er nicht ihren Ansichten entspreche, nicht fügen zu wollen. Das durften sie als disziplinierte Parteigenossen nicht sagen. Nachdem die Vertreter der Partei in ihrer großen Mehrheit der bekannten Resolution des Vorstandes zugestimmt haben, sind wir der festen Zuversicht, daß unsere süddeutschen Genossen ihre Ansichten über die Notwendigkeit der Budgetbewilligung revidieren werden, revidieren auf Grund einer genauen Nachprüfung aller in Betracht kommenden Umstände. Dem steht auch die vom Genossen Segitz im Auftrage einer Anzahl süddeutscher Delegierten abgegebene Erklärung nicht entgegen.

Die bürgerliche Presse, die so sehnsüchtig darauf gewartet und gehofft hatte, daß es in Nürnberg zu einer Spaltung der Sozialdemokratie kommen würde, ist über den Verlauf der Sache mächtig enttäuscht. Sie wollte im trüben fischen und das ist ihr nicht gelungen. Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn sie jetzt ihre Schmutzkübel über den Parteitag und besonders über die norddeutschen Genossen ausgießt. Mag sie das tun; damit schadet sie uns nicht. Auch daß sie an dem Ton der Debatten über die Budgetbewilligung viel auszusetzen hat, läßt uns völlig kalt. Wer sich der Kasseler Tagung des Flottenvereins erinnert, der wird wissen, welche Töne gerade die sog. „Gebildeten" und „Patrioten" anzuschlagen verstehen, wenn sie miteinander in Differenzen geraten.

Mit Singer sind wir der Meinung, daß jetzt, nachdem der Parteitag gesprochen hat, die Diskussion über die Budgetbewilligungsfrage wenn nicht verstummt, so doch in der Weise geführt wird, wie sie unter Parteigenossen stets üblich sein sollte, sachlich und ohne jede unnötige Schärfe. Denn nur damit kann unserer Sache genützt werden.

Nicht befriedigt hat uns der Ausgang der Maifeier-Debatte. Daß die Folge des Übereinkommens zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften ein allmählicher aber sicherer Niedergang der Maifeier sein würde, liegt auf der Hand. Ob das aber durch den jetzigen Beschluß, der einer Regelung der eminent wichtigen Unterstützungsfrage aus dem Wege geht, besser wird, ist sehr zu bezweifeln. Kommt man zu der Einsicht, daß die Maifeier in der bisherigen Form nicht mehr in wünschenswertem Umfange durchzuführen ist, so sollte man sich nicht scheuen, eine Änderung zu beschließen. Es mag ja richtig sein, daß die Unternehmer und unsere Gegner das als ein Zeichen von Schwäche auffassen würden. Wir haben unsere Maßnahmen und Beschlüsse jedoch nicht in Rücksicht auf die uns im Grunde gleichgültige Meinung unserer Feinde, sondern nach dem Gebote der Klugheit und Zweckmäßigkeit zu treffen. Bezweifeln möchten wir, daß der Beschluß, daß alle Genossen, welche am 1. Mai arbeiten, ihren vollen Tagelohn abgeben sollen, durchführbar ist. Welche Kontrolle und welche Zwangsmaßregeln sollen denn da unter Umständen angewendet werden? Weiter würde die Frage zu erwägen sein, sollen die Musiker, die bei der Maifeier mitwirken, die Kellner, welche die Feiernden bedienen, auch ihren Lohn abgeben? Dann werden wohl nicht viele Kellner und Musiker bei der Maifeier arbeiten wollen. So wird der Nürnberger Beschluß bezüglich der Maifeier wohl noch auf manche unvorhergesehene Schwierigkeiten stoßen.

Daß die Parteischule nicht auf Umwegen beseitigt, wie das von einzelnen Genossen anscheinend gewünscht wurde, sondern ausgebaut werden soll, ist zu begrüßen. Die Förderung der theoretischen Bildung der Arbeiterschaft ist eine Notwendigkeit. Wenn sie durch die Parteischule selbst auch nicht direkt in großem Umfange vorgenommen werden kann, so gelangt doch die Kenntnis der Theorie durch die Zöglinge der Parteischule wieder in weitere Kreise. Und das ist gewiß notwendig.

Bezüglich der Frauenorganisation hat der Parteitag eine vorläufige Regelung nach dem Übereinkommen zwischen der Parteileitung und der Genossin Bader vorgenommen. Danach muß in Zukunft mindestens ein weibliches Mitglied den Vorständen der Parteiorganisationen angehören. Wir halten die Genossinnen für gleichberechtigte Mitglieder der Partei und können uns deshalb für Frauenvorrechte nicht erwärmen. Wo die Mitglieder einer Parteiorganisationen die Zweckmäßigkeit anerkennen, eine Genossin in den Vorstand zu wählen, da werden sie — wie das ja auch in Lübeck geschehen ist — sicherlich dementsprechend handeln. Für eine derartige Verpflichtung, mindestens eine Genossin muß dem Vorstande angehören, können wir, bei aller Anerkennung der Tätigkeit unserer weiblichen Mitglieder, absolut keine Notwendigkeit einsehen.

In der Frage der Jugendorganisation hat sich der Parteitag im wesentlichen auf den Standpunkt des Gewerkschaftskongresses gestellt. Örtliche Ausschüsse von Partei und Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß die Arbeiterjugend mit sozialistischem Geiste erfüllt wird, auf daß sie in der Lage ist, den Kampf gegen den Kapitalismus mit Energie fortzusetzen, ihn zu einem siegreichen Ende zu führen.

Durch die umfangreichen Budgetbewilligungsdebatten ist zwar eine ausgiebige Erörterung anderer wichtiger Tagesordnungspunkte unterblieben. Immerhin hat der Parteitag sich mit größter Deutlichkeit zur Sozialpolitik, zu den neuen volksfeindlichen Steuerplänen, zur internationalen Kriegshetze, zur Unterdrückung der Polen geäußert. Weiter wurde eine ganze Anzahl von den von verschiedenen Parteiorganisationen gestellten Anträgen erledigt. Angenommen wurde unter anderem auch der von Lübeck gestellte Antrag, die Parteitagsprotokolle an die Parteimitglieder zum Selbstkostenpreise abzugeben. Damit ist einem Wunsche vieler Genossen entsprochen.

So hat auch der Parteitag in Nürnberg wieder fleißige Arbeit geleistet. Wohl sind die Geister heftig aufeinander geplatzt; doch ist das in einer so großen, von kräftigem Leben erfüllten Partei, wie die Sozialdemokratie es ist, gar nicht zu vermeiden. Es ist sogar eine Notwendigkeit, daß man sich über taktische und theoretische Fragen eingehend und — je nach der Natur des Redners — auch temperamentvoll unterhält. Hat der Parteitag jedoch Beschlüsse gefaßt, so ist es Pflicht aller Genossen — auch derjenigen, deren Meinung unterlegen ist — diese zu respektieren. Geschieht das, und daran zweifeln wir nicht, so wird nach Nürnberg die sozialdemokratische Partei Deutschlands einiger dastehen als je zuvor. Und Einigkeit ist die Hauptsache, wenn das Endziel erreicht werden soll!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Verteidigung von Berlin.

Der „Vorwärts" kann zu der Polizeiaktion vom Sonntag noch folgendes melden: Wie wenn ein feindliches Kriegsheer nach dem Innern der Stadt im Anzuge wäre, hielt die Polizei die Brücken und Stege, die über den Landwehrkanal führen, besetzt und spähte unablässig mit weit aufgerissenen Augen über das Wasser von einer Brücke zur andern, von der anderen zur nächsten, ob nicht der „Feind", d. h. die Scharen der Friedensdemonstranten — Miene machte, nach der Stadt zu ziehen, um hier die Ruhe und Ordnung, wie die nach preußischen Polizeibegriffen aussehen muß, in Gefahr zu bringen. Darum fuhren auch andere Polizeibeamte auf Rädern hin und her, in schnellstem Tempo, als gelte es, immerfort ungeheuer Wichtiges über die Bewegungen eines furchtbaren feindlichen Heeres zu melden, jederzeit bereit zu sein, die in umliegenden Gebäuden versteckten Mannschaften zu kühner Tat herbeizurufen. Die Besorgnis muß ungeheuer groß gewesen sein. Sah man doch noch um 5 Uhr die bewaffneten Männer an den Brücken stehen und unablässig nach dem „Feind" ausschauen, obwohl doch die Massen der Friedensfreunde schon vor vier von dannen gegangen waren.

In der Stadt selbst hatte die Polizei einen eisernen, wenn auch ziemlich unsichtbaren Ring um das königliche Schloß gezogen und Roß und Reisige schützten die steile Höhe, wo Fürsten stehen. Schon um die neunte Morgenstunde blitzten auffallend viel Pickelhauben im prächtigen Septembersonnenschein und Polizeiradfahrer huschten eilfertig und mit überaus wichtiger Miene hin und her. Auch die bekannten Gestalten, mit dem Aussehen pommerscher Gutsinspektoren, grünes Hütchen und Joppe, nebst martialischem Schnauzbart, waren zahlreich unter das lustwandelnde Publikum verstreut. Hellblaue Leutnants und Hauptleute mit Feldherrnblick tauchten bald hier, bald dort auf.

Fliegende Wachen waren zur Genüge eingerichtet, um die bedrohte Monarchie zu schützen. So weit wir übersehen konnten, befanden sich solche an folgenden Stellen: Im Wartesaal 3. Klasse des Bahnhofs Alexanderplatz; in der hinteren Universität, gegenüber der amerikanischen Lesehalle, wimmelte es von Helmspitzen; sogar in der Universitäts-Frauenklinik in der Artilleriestraße war eine Wache. In der Börse, da, wo sich das Postamt befindet, strömten ununterbrochen Mannschaften hinein. Im Marstall waren solche zu Fuß und zu Pferde untergebracht, und es mußte Lächeln hervorrufen, wie die Retter des Vaterlandes mit grimmiger Miene neben den ungeduldig stampfenden und scharrenden Rossen standen. Nur einen Blick konnten wir in das Allerheiligste des Schloßhofes werfen, wo eine große Anzahl Geheimpolizisten sich um einen Polizeioffizier scharte, als auch schon die schnarrende Aufforderung erklang: „Weitergehen! Nicht da hineingucken!" Wir hatten aber schon gesehen, was uns interessierte. In der Nationalgalerie, in der Privatwohnung des Pförtners, sah man rechts und links schnurgerade Reihen von derben Kommissstiefeln, blitzenden Säbelspitzen und Helmen. Ein schlanker Leutnant stand an der Tür und blinzelte unmutig in die Sonne. Dasselbe Bild im Museum, wo die Stützen des Thrones im Souterrain sich gelangweilt in der Nase bohrten. Wie eine grimmige Ironie wirkte es aber, als im Dom die Glocken mit ehernen Zungen die Frommen und Nichtfrommen zusammenriefen, den allmächtigen, allwissenden und allgütigen Herrn zu loben und zu preisen, ohne dessen Willen kein Spatz vom Dache fällt, und unten im Gotteshause, tief unter dem Schall der menschlichen Rede, sich Schutzmann um Schutzmann sammelte, ohne Zahl. Und während aber der Diener Gottes die Lehre jenes großen Nazareners verkündete, der da sagte: „Liebet die, die Euch hassen!", harrten unten im Keller Dutzende von Schutzleuten mit Revolvern und scharfgeschliffenen Säbeln des Augenblicks, wo ihnen das Kommando zum Gegenteil gegeben würde.

Aber nichts geschah, was zu solch traurigem Tun auch nur im geringsten Veranlassung geben konnte. Die Polizei hatte unnötig demonstriert.

Die Verurteilung des Reichsverbändlers Amandus Schubert.

Eine Kreatur des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der ehemalige Krankenkassenbeamte Amandus Schubert in Chemnitz wurde nach dreitägiger Verhandlung vor dem Chemnitzer Landgericht zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Über einen Mitangeklagten Rabe und einen Bruder Schuberts wurden je 9 Monate und je 2jähriger Ehrenrechtsverlust verhängt. Schubert hat seinerzeit eine Verleumdungsschrift gegen die sozialdemokratische Verwaltung der Chemnitzer Ortskrankenkasse herausgegeben, er wurde zwar mehrmals dieserhalb wegen Beleidigung bestraft, aber der Reichsverband schlachtete die in 10 000 Exemplaren verbreitete Schrift doch gehörig aus. Schubert ward entlarvt als Verbrecher, alles nutzte nichts, der Reichsverband zehrte weiter an den Verleumdungen. Jetzt stand nun Schubert mit den zwei Komplizen der Erpressung angeklagt vor Gericht. Außer der Beweisführung über seine gemeinen Verbrechen war in der Verhandlung

von besonderer Wichtigkeit, daß ein Dr. Böser als Verfasser der Schrift gegen die Sozialdemokratie entlarvt wurde. Der Schubert ist nun gerichtet und für jeden abgetan, der nicht selbst zu den moralisch Verkommenen zählt. Der Reichsverband aber wird nach wie vor von den Schubertschen Verleumdungen zehren.

Die Wirkung der Fahrkartensteuer.

Die Einnahmen der preußischen Staatsbahnen sind im August d. J. um 3½ Millionen Mark hinter den Einnahmen im Monat August des Vorjahres zurückgeblieben. Die ersten fünf Monate des laufenden Etatsjahres haben gegenüber den ersten fünf Monaten des Vorjahres eine Verminderung der Einnahmen um nahezu 8 Millionen Mark erbracht. — Wenn dieser Ausfall auch zum Teil daher rührt, daß durch die Krisis der Frachtverkehr gelitten hat, so hat doch zu diesem Rückgang der Einnahmen auch die Fahrkartensteuer wesentlich mit beigetragen.

Die bürgerliche Presse.

Diese Woche tritt in Berlin der internationale Pressekongreß zusammen, dem Fürst Bülow eine Rede widmen und ein Essen geben wird. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" ist boshaft genug, die Vertreter der Presse mit einer saftigen Epistel zu begrüßen. Sie schreibt:

„Ein Blatt, das wirklich auf sich hält und seiner Pflicht bewußt ist, wird grundsätzlich darauf verzichten, das Privatleben einzelner in das Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Das darf der Revolverpresse überlassen werden, die an die niedrigsten Instinkte der Menge sich wendet und die Würdelosigkeit geradezu zum Geschäfte zu machen pflegt. . . . . Leider macht sich in vielen Blättern, auch großen, vielgelesenen und weitverbreiteten, noch ein Wesen breit, das wir derb aber treffend mit Lakaienart bezeichnen möchten. Es ist, als ob viele Journalisten, insbesondere die „diplomatischen Recherchеure", sich am wohlsten auf der Hintertreppe fühlten. Nicht die wichtigen Ereignisse und die großen Gesichtspunkte scheinen das Interesse zu erwecken, sondern die kleinen und kleinlichen Begleiterscheinungen. Das ist mit der Würde der „siebenten Großmacht" unvereinbar. Die Presse beklagt sich hie und da mit Recht darüber, daß sie nicht ihrer Bedeutung entsprechend gewertet und behandelt werde. Wenn sie zu irgendwelcher Veranstaltung nicht geladen ist, dann erhebt sich ein Zetergeschrei, während doch ihre Würde sie dazu veranlassen müßte, zu schweigen und die Veranstaltung unberücksichtigt zu lassen, bei der man ihre Anwesenheit nicht gewünscht hat. Andererseits pflegen selbst große Zeitungen regelmäßig Einladungen zu festlichen Veranstaltungen dadurch zu quittieren, daß sie die reiche Ausstattung des Büffets und die Trefflichkeit der Getränke in reklamehaftester Weise hervorheben. Auch das ist nicht geeignet, der Presse das gewünschte Relief zu geben. Man wird ferner nicht bestreiten können, daß das Erhorchen und Ermitteln von sogenannten Informationen im Grunde genommen würdelos ist."

Der Schreiber des Artikels kennt sich und seine näheren Kollegen recht genau. Vielleicht kommt die „Deutsche Tageszeitung" mit der Zeit noch dazu, sich selbst die in dem Artikel gegeißelten „Würdelosigkeiten" abzugewöhnen.

Eine Zentrumsstimme zur Ludwigshafener Wahl.

Die „Augsburger Post-Zeitung" antwortet auf die liberale Behauptung, daß eigentlich dem Zentrum unser Wahlsieg in Ludwigshafen zu danken sei, folgendes:

„. . . . Die Erklärung für den Rückgang der Blockstimmen und die Mehrung der sozialistischen Stimmen ist sehr einfach: Der Blockspiritismus ist verflogen und damit erhalten die Sozialdemokraten die im Blocktausch verlorenen Stimmen allmählich wieder zurück. Das bestätigte nach dem für die Blockliberalen blamablen Ausgange der Ersatzwahl für Glauchau-Merane die „liberale Augsburger Abendzeitung", indem sie in ihrer Nummer vom 1. Mai schrieb: „Eine neue Erhärtung der Tatsache, wie wenig zuverlässig die große Schar der politisch schwankenden Elemente ist, die heute mit den bürgerlichen Parteien, morgen mit der Sozialdemokratie mitlaufen." So ist es eben auch bei der jetzigen Wahl in Speyer gegangen. Der Ausgang dieser Wahl hat übrigens auch noch den Beweis geliefert, daß Graf Posadowsky durchgefallen wäre. Damit ist die Haltung des Zentrums in dieser Kandidatenfrage vollauf gerechtfertigt."

Die Richtigstellung der Postzeitung wird die so jämmerlich unterlegenen Liberalen nicht abhalten, noch weiter Entstellungen zu mimen über das angeblich vorhandene Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Zentrum, das in Wirklichkeit nur im Hirn der Blockliberalen existiert.

Wahlkampf mit der Dreckschleuder.

Einen neuen Beweis dafür, mit welch elenden Mitteln die hessischen Nationalliberalen im Kreise Offenbach-Stadt, dem Wahlkreise des Genossen Ulrich, den Kampf um das Mandat zu führen gedenken, liefert das Reichslügenverbandsorgan am Orte, die „Offenbacher Zeitung" in der Sonntagsnummer. Vor kurzem ist der Offenbacher Konsumverein mit dem Frankfurter Verein verschmolzen worden. Darob schon längere Zeit wüstes Geschrei nach dem Staatsanwalt. Am Sonnabend stand an erster Stelle des lokalen Teiles in dem Blatte fettgedruckt folgende Notiz.

Die Geschäftsbücher des hiesigen Konsumvereins beschlagnahmt:

Auf Veranlassung der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Darmstadt sollten heute früh die Geschäftsbücher der Offenbacher Konsum- und Produktionsgenossenschaft wegen Verdachtes der Bilanzverschleierung und Verstoßes gegen das Genossenschaftsgesetz beschlagnahmt werden. Die Bücher fanden sich hier nicht vor; sie befinden sich in Frankfurt a. M. Inzwischen dürfte auf Antrag der hessischen Staatsanwaltschaft die Beschlagnahme dort bereits erfolgt sein.

Sofort wurden von zuständiger Stelle Erkundigungen bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt eingezogen und von dort erfolgte ebenso prompt die Antwort, daß von einer Beschlagnahme nichts bekannt sei. Der für Handelssachen zuständige Amtsrichter hatte lediglich um eine Vervollständigung der Liquidationsbilanz (die Angabe über Mitgliederbewegung, Höhe der Geschäftsanteile und Haftsummen, die den Bilanzen der Genossenschaften angehängt werden) gebeten. Aus dem rein geschäftsmäßigen und harmlosen Vorgang haben die „Nationalen" und ihre Zeitung den kolossalen Schwindel herausdestilliert.

Reform des preußischen Bergrechtes.

Wie die „Vossische Zeitung" erfahren haben will, wird gegenwärtig in der Bergabteilung des Handelsministeriums mit den Vorarbeiten zu einer Neugestaltung des Berggesetzes begonnen. Die Reform wird sich vor allem nach zwei Richtungen erstrecken. Es soll einmal eine Änderung in der Organisation der Bergbehörden eintreten, indem getrennte Behörden geschaffen werden für den Bergbaubetrieb und für die staatliche Aufsichtsbefugnis. Ferner soll gegen Entscheidungen von Bergbehörden das Verwaltungsstreitverfahren eingeführt werden.

Eine deutsch-englische Friedenskundgebung.

Die Delegation der englischen Arbeiter wurde am Sonnabend im Berliner Gewerkschaftshaus festlich empfangen. Genosse Sassenbach begrüßte sie und hieß sie im Namen der Berliner Arbeiterschaft auf das herzlichste willkommen. In einer Ansprache führte er aus: Schon aus dem zahlreichen Erscheinen der an erster Stelle der Berliner Arbeiterbewegung stehenden Genossen können unsere englischen Kameraden ersehen, daß ihr Besuch uns Freude macht und daß die deutsche Arbeiterschaft bereit ist, mit der englischen Hand in Hand zu gehen. Der Hauptzweck, der unsere Gäste nach Berlin geführt hat, ist die Betonung des Friedens. Was uns heute zusammengeführt hat, ist das Bedürfnis, auch persönliche Beziehungen zwischen den englischen und deutschen Gewerkschaftsführern zu schaffen und dadurch beizutragen, eine engere Verbindung zwischen den beiden Gewerkschaften anzubahnen. Redner wies noch darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland sich in den letzten Jahren in großartiger Weise entwickelt hat, sodaß sie sich mit den englischen Gewerkschaften getrost auf eine Stufe stellen kann. Er hofft, daß die englischen Gäste während ihres Aufenthaltes in Berlin Gelegenheit nehmen werden, sich über unsere Gewerkschaftseinrichtungen zu informieren, damit sie dann in England die vielfach noch verbreiteten Ansichten über die Rückständigkeit der deutschen Gewerkschaften zerstören können. Genosse Bernstein übersetzte ins Englische und fügte noch einige persönliche Worte hinzu. Darauf ergreift stürmisch begrüßt der englische Abgeordnete C. W. Bowerman das Wort zu folgender Erwiderung: Werte Kameraden! Wir danken für Ihren herzlichen Willkomm aufs beste und sind sehr froh, in diesem prächtigen eigenen Heim der Gewerkschaften zu weilen. Ich freue mich über die großen Fortschritte der deutschen Gewerkschaften, die alle Schwierigkeiten von einst so glänzend überwunden haben. Die deutschen und englischen Gewerkschaften weiteifern heute miteinander, aber uns erfüllt kein Neid, wir sind froh über diese Rivalität. Die englischen Gewerkschaftler waren früher gewohnt, sich ihrer großen Fonds zu rühmen; aber die Notwendigkeit, diese zu schützen, hat zur Gründung einer unabhängigen politischen Arbeiterpartei bewogen, die heute 50 Vertreter im Parlament hat und die nichts als die Interessen des Proletariats vertreten. Von ihnen ist eine Anzahl Sozialdemokraten, alle aber kämpfen gemeinsam für die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse. Und wenn die deutschen Arbeiter sich noch immer nicht derselben Freiheit erfreuen, wie die englischen, so bin ich fest überzeugt, daß Sie alle Schwierigkeiten überwinden werden und ihrer parlamentarischen Vertretung den Einfluß erobern werden, der ihr gebührt. Ich bedaure, nicht zu Ihnen deutsch sprechen zu können, aber ich spreche zu Ihnen in der Sprache des Herzens und ich weiß, daß wir uns sehr gut verstanden haben. (Stürmischer Beifall.) Nach Bowerman sprach noch Henry Vivian, der im Namen der englischen Genossenschaftsbewegung sprach, der Abgeordnete George Nicholls im Namen der Landarbeiter, Havelock Wilson, der Organisator der Seeleute und einer der Organisatoren der deutschen Gewerkschaften, und als letzter Redner T. Morgan von der internationalen Schiedsgerichtsliga. Alle Redner betonten den Wahnsinn eines englisch-deutschen Gegensatzes. Ihre Versicherungen gemeinsamen Kampfes für den Frieden und für die Emanzipation des Proletariats erweckten stürmischen Beifall bei den Versammelten. Die Gegenseite der Medaille zeigte schon der am Freitag tagende „interparlamentarische Kongreß". Obgleich auch hier die Beteuerung der Friedensliebe der herrschenden Klassen, wie Öl von den Lippen des die Delegierten begrüßenden deutschen Reichskanzlers floß, betonte er aber doch gleichzeitig, daß in der Politik Deutschlands keine Änderung eintrete, da Deutschland: „Belehrt durch die Geschichte, die ihm drei Jahrhunderte hindurch die härtesten Erfahrungen nicht erspart hat, stark genug sein will und muß, um sein Gebiet, seine Würde und seine Unabhängigkeit zu verteidigen." Der wahnsinnigen Steigerung der Ausgaben für Heer und Flotte wird trotz aller Friedensbeteuerungen nicht im geringsten Einhalt getan werden. — Über die großartige Friedensdemonstration in der Neuen Welt haben wir bereits gestern berichtet.

Liebert „berichtigt".

Der Reichsverbandshäuptling v. Liebert läßt der „Post", seinem ihm völlig gleichartigen Leiborgan, eine Erklärung über seine Potsdamer Sedanrede zugehen, aus der nur folgender Passus interessiert:

„Glücklicherweise hat mir ungerufen ein Journalist seine während der Rede gemachten Aufzeichnungen zur Verfügung gestellt und spricht mir sein Befremden über die unrichtige Wiedergabe des Textes seitens der „Potsd. Tageszeitung aus."

Was er nun aber in seiner Rede eigentlich gesagt hat, das behält der Reichsverbandsgeneral für sich, er sagt darüber kein Wort. Selbst gut nationale Blätter haben bekanntlich sofort zugegeben, daß es sich in Potsdam wieder um eine der bei Liebert nicht seltenen Entgleisungen handelte. Ein Beweis dafür, wie man den Reichsverbändler selbst in den ihm nahestehenden Kreisen einschätzt.

Auch ein Finanzgenie!

Der Schatzsekretär Sydow hat sich auch den antisemitischen Abgeordneten Zimmermann aus Dresden als Steuersachverständigen kommen lassen. Damit hat Herr Sydow zweifellos einen sehr guten Griff getan, denn auf finanziellem Gebiete hat Herr Zimmermann zweifellos ganz hervorragende Erfahrungen. Als Direktor des antisemitischen „Wacht", des Organs der sächsischen Reformer, hatte er es in überaus kurzer Zeit verstanden, mit den vorhandenen Mitteln gründlich aufzuräumen. Der Erfolg war, daß das antisemitische Organ von der Bildfläche verschwand. Oder sollte ihn Herr Sydow nicht als Sachverständigen, sondern als Leidensgefährten in der Defizitwirtschaft eingeladen haben?

Liberale unter sich.

Die westfälischen Nationalliberalen haben durch ihren Generalsekretär die Behauptung verbreiten lassen, daß die Schuld an der Landtagswahlniederlage dem Verhalten der Jungliberalen zuzuschreiben sei. Die Jungliberalen sind darob höchlichst entrüstet und sie antworten in den „Jungliberalen Blättern":

„Die westfälische Parteileitung macht den Jungliberalismus für ihre Schlappe in Westfalen verantwortlich. Es ist ja an und für sich schon mißlich, einen Dritten für seine eigenen Fehler haftbar zu machen, noch mißlicher ist dies Benehmen aber, wenn dieses in der scharf pronncierten Art geschieht, wie in Westfalen. Wir vermögen aus diesem Vorwurfe keineswegs die Richtigkeit der aufgestellten Behauptung zu sehen, sondern lediglich die Tatsache, daß die westfälische Parteileitung den Jungliberalismus nicht mag, weil er die Herren in ihren Kreisen stört, und weil er nicht Freude findet an freikonservativer Politik, des weiteren aber, daß sie die Absichten und Zwecke des Jungliberalismus noch immer nicht verstanden haben."

Der Kampf innerhalb des Liberalismus entbehrt nicht der Komik, die „Jungen" werden als Demokraten bezeichnet und diese wieder werfen den „Alten" vor, daß sie eigentlich Freikonservative sind. Das kommt aber daher, weil die bunt zusammengewürfelte Gesellschaft, die sich liberal nennt, keinen blassen Dunst davon zu haben scheint, was denn eigentlich unter Liberalismus zu verstehen ist. Wer heute keinerlei politische Grundsätze hat, der nennt sich liberal; das klingt recht schön und verpflichtet zu nichts.

Krach im Flottenverein.

Die Mitglieder des Landesverbandes des deutschen Flottenvereins für das Großherzogtum Sachsen, der auch die kleinen thüringischen Staaten mit umschließt, können es noch immer nicht vergessen, daß der Flottenvereins-General Keim in der Versenkung verschwinden mußte. Sie erklären, der nächstjährigen Hauptversammlung des Flottenvereins fernzubleiben, wenn nicht die Herren Freiherr v. Würtzburg, Kammerherr Spieß und Regierungsrat Braune, die den Vorstand des bayerischen Landesverbandes bilden, von ihren Ämtern entfernt werden. Wenn diesen Wünschen nicht Rechnung getragen wird, dann drohen die Thüringer mit ihrem Austritt aus dem Flottenverein. — Keim und seine Freunde scheinen demnach den Kampf um die verlorene Position, doch noch nicht aufgegeben zu haben.

Friedenskundgebung in Nürnberg.

Zum Abschluß der Parteitagswoche fand Sonntag vormittag in Nürnberg auf dem Ludwigsfelde unter freiem Himmel eine Friedenskundgebung der Nürnberger Arbeiterschaft statt. Von den drei Tribünen herab sprachen zu dem mehrtausendköpfigen Meeting der Reichsratsabgeordnete Schuhmeier-Wien, Quelch-London, Huysmans-Brüssel, der zugleich Quelchs Rede übersetzte, und Frau Popp-Wien. Die Kundgebung schloß mit der Annahme einer Resolution, welche gegen die kriegerische Zuspitzung der internationalen Lage protestiert.

Kuponsteuer.

Die „Kölnische Volkszeitung" empfiehlt eine Kuponsteuer, die alle festverzinslichen Werte treffen soll. Gegen diesen Vorschlag wendet sich die „Deutsche Tageszeitung", die nach wie vor an der Dividendensteuer festhält. Das agrarische Blatt will bloß die Inhaber der Industriepapiere treffen.

Der Ordnungsbrei in Anhalt.

Wie in anderen anhaltischen Wahlkreisen, ist auch im Kreise Zerbst ein Bündnis aller bürgerlichen Parteien zustande gekommen, dessen Spitze sich gegen die Sozialdemokratie richtet. Die Ordnungsbrüder stellen einen nationalliberalen und einen freisinnigen Kandidaten auf.

Antisemitisches.

Die Überbleibsel der einst in Sachsen stark und mächtig gewesenen Reformpartei waren am Sonntag in Riesa zu einer Jahreshauptversammlung zusammen. Die 72 Delegierten dürften wohl annähernd den ganzen Bestand der Reformpartei ausgemacht haben. Von den Beschlüssen sei erwähnt, daß eine Resolution angenommen wurde, die von der sächsischen Regierung verlangt, daß die Einwanderung von Juden eingeschränkt wird; insbesondere soll ihnen der Besuch der höheren Bildungsanstalten erschwert werden. Ein biederer Schieferdeckermeister verlangte, die antisemitischen Abgeordneten sollen im Reichstag eine Kuponsteuer vorschlagen. Gegen diesen Vorschlag erhob sich Widerspruch, namentlich der Justizrat Schnauß-Leipzig hob hervor, daß eine Kuponsteuer in erster Linie den Mittelstand treffen wird. Wenn das richtig ist, dann kann es mit dem Mittelstand doch nicht so überaus schlecht bestellt sein, denn wer in der Lage ist, Kupons abzuschneiden, dem dürfte es immerhin noch leidlich wohl ergehen. Die sächsischen Antisemiten leisten sich auch einen Schatzmeister, dem die Verwahrung des Kassenbestandes jedenfalls kein besonderes Kopfzerbrechen macht. Über die Kassenverhältnisse selbst ist nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Rußland.

Die Blutrechnung des Zarismus. Im Laufe des August sind nach Zeitungsmeldungen, die keineswegs vollständig sind, von den Kriegsgerichten in verschiedenen Orten Rußlands 148 Todesurteile gefällt worden. Davon entfallen allein auf Warschau 36, auf Kiew 23, auf Saratow 17, auf Riga 13, während der Rest auf 18 weitere Städte kommt. Was den Vollzug der Todesurteile betrifft, so laufen die Nachrichten hierüber nur ganz mangelhaft ein; immerhin haben die Petersburger und Moskauer Blätter auch unter diesen, die Öffentlichkeit scheuenden Umständen die tatsächliche Vollstreckung von 88 Hinrichtungen registriert.

Der russische Polizeisumpf. Wie die „Nowoje Wremja" dieser Tage mitteilte, hat das Polizeidepartement verfügt, eine Revision der Geheimpolizeiabteilungen in vielen Städten des Reiches vorzunehmen, weil das Ministerium des Innern „ungünstige" Mitteilungen über die Zustände in den Geheimpolizeiabteilungen erhalten hat. Welcher Art diese Zustände sind, ist für jeden, der mit den russischen Polizeiverhältnissen vertraut ist, unschwer zu erraten. Indessen kann sich die breite Öffentlichkeit schon jetzt auf Grund der Ergebnisse der Moskauer und Kiewer Revision vorstellen, welche Korruption in diesen Institutionen herrscht, die das Wohl und Wehe der Bevölkerung in Händen haben. Die Ergebnisse der Moskauer Revision, die Senator Garin leitete, sind nur bruchstückweise in die Presse gedrungen. Daß es sich aber um sehr ernste Mißstände handelt, ist daraus ersichtlich, daß eine ganze Reihe höherer und niederer Polizeibeamten ihres Amtes enthoben und unter Anklage gestellt worden sind. Vor kurzem wurde noch mitgeteilt, daß die Revision fortgesetzt werden soll, weil Spuren einer gemeinsamen Tätigkeit der Geheimpolizeichargen mit organisierten Räuberbanden aufgedeckt wurden. Weit reichhaltiger sind die Ergebnisse der Kiewer Revision, die vor kurzem abgeschlossen wurde. Die Kiewer Zeitungen veröffentlichen Auszüge aus dem offiziellen Bericht der Revisionskommission, die das schmähliche Treiben der Geheimpolizei an der Hand eines umfangreichen Tatsachenmaterials aufdecken. Der Bericht stellt fest, daß die Tätigkeit fast aller Chargen der Kiewer Geheimpolizei, auch die des Chefs der Geheimpolizei Aßlanow, darauf gerichtet war, die Verfolgung notorischer Diebe und Einbrecher niederzuschlagen, um aus der Gemeinschaft mit ihnen möglichst viel materielle Vorteile für sich zu gewinnen. Alle verbrecherischen Elemente Kiews mußten der Geheimpolizei einen bestimmten Tribut entrichten und genossen dafür vollste Bewegungsfreiheit, ja zuweilen die direkte Unterstützung der Geheimpolizei. Die Verbrecher wurden mit falschen Pässen versorgt, damit sie — wenn Gefahr im Anzuge war — ungehindert flüchten konnten. „Es ist festgestellt worden — so heißt es weiter im Bericht — daß Aßlanow zur Vernichtung jeglicher Spuren der von ihm protegierten Verbrecher solche wertvolle Dokumente verkaufte oder vernichtete, wie die Photographien der Verbrecher." Endlich weisen einige Tatsachen darauf hin, daß die Chargen der Geheimpolizei mit einigen „Expropriateuren" in direkte Verbindung traten und deren verbrecherisches Treiben unterstützten. Während die Kiewer Geheimpolizei auf die geschilderte Weise Hand in Hand mit Dieben und Einbrechern „arbeitete", unterließ sie es natürlich nicht, den bewährten Ruf der russischen Polizei auf politischem Gebiet aufrechtzuerhalten. Der Bericht stellt fest, daß mehr als die Hälfte aller von der Geheimpolizei vorgenommenen Verhaftungen ohne jeglichen Anlaß erfolgte und darum selbst von russischem Polizeistandpunkt „ungesetzlich" war. Besonders interessant und für die russische Polizei charakteristisch ist aber die Tatsache, daß der Chef der Geheimpolizei keinerlei Schritte unternahm, um den in Kiew weilenden Mörder des früheren Dumaabgeordneten Dr. Jollos (der bekanntlich von der Hand eines „Echtrussen" fiel) zu verhaften, obwohl ihm dessen Aufenthaltsort bekannt war. . . . Es ist für den jetzigen Moment sehr charakteristisch, daß das Polizeidepartement an eine umfassende Revision der Detektivabteilungen schreitet. Die Korruption, die dort herrscht (Kiew und Moskau sind keineswegs Ausnahmen!), hat eben einen solchen Umfang angenommen, der selbst für die Petersburger Bureaukraten bedrohlich erscheint. Es hieße aber die russischen Verhältnisse verkennen, wenn man sich von diesen unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorgenommenen bureaukratischen Revisionen einen Erfolg versprechen wollte. Die Wurzeln der ungeheuerlichen Korruption stecken im bureaukratischen System, in der unumschränkten Macht der Polizei, in der Versklavung des gesamten öffentlichen Lebens. Solange sie aufrechterhalten werden, wird der russische Polizeiapparat nach wie vor von uniformierten und nichtuniformierten Dieben und Banditen in ihrem Interesse ausgebeutet werden.

Frankreich.

Französische Kolonialgreuel. Der „Manchester Guardian" erfährt aus einer privaten Pariser Quelle, daß die Lage im französischen Kongo sehr ernsthaft ist. Die Eingeborenen lehnen sich gegen die Kautschuksteuer und gegen das Vorgehen der weißen Unternehmer im allgemeinen auf; von dem Sangha, dem N'Goko-Sangha, dem M'Poko, dem Oberen Ogome, dem N'gunie und dem Ubanghi, kurz aus allen Teilen des Landes kommen übereinstimmende Nachrichten, die die Lage der Dinge als unerträglich bezeichnen. Als Ursache dieser Unruhen wird angegeben, daß die Franzosen in der Kongokolonie die Methoden des soeben belgisch gewordenen Kongostaates adoptiert haben. Herr Auguste Chevalier, der Sohn eines französischen Kolonialbeamten und ein bekannter landwirtschaftlicher Sachverständiger, erklärt in einem kürzlich veröffentlichten Buch, seine Studienreisen in dem französischen Kongo hätten ihn überzeugt, daß, wenn das gegenwärtige System noch 20 Jahre dauert, die Kolonie in eine Wüste verwandelt sein wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 22. September.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über nachfolgende Bauten, ausgeführt von der Firma Görner u. Heidenreich, die Sperre verhängt: Fünfhausen, Grützmühle, Hafenstraße, Sielbau Marli, Kaltenhof bei Schwartau. Als Akkordanten fungieren F. Mädel, Krempelsdorfer Chaussee und Jabs, Werderstraße.

Achtung Bauarbeiter! Über die Sielbauarbeiten in der Marlistraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grützmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Herbstanfang. So pünktlich zur Sekunde, oder, sagen wir, zur Minute wie in diesem September, trifft nur selten die Jahreszeitwende ein. Am 23. September, mittags 12 Uhr, überschreitet der Sonnenmittelpunkt den Äquator von Norden nach Süden, seine Deklination, deren Vorzeichen bisher + (nördlich) gewesen ist und nun — (südlich) wird, beträgt zu dieser Zeit 0 Grad. Gleichzeitig tritt die Sonne aus dem Kalenderzeichen der Jungfrau in das der Wage über. Auf der ganzen Erde sind am 23. September Tag und Nacht gleich lang, es ist Äquinoktium; in Zukunft übertrifft auf der nördlichen Halbkugel die Nacht an Länge den Tag, bis der kürzeste Tag, der 22. Dezember, erreicht ist, und der Herbst nimmt seinen Anfang. Den meteorologischen Umschwung zu dieser Zeit schildert Hann in seiner Klimatologie folgendermaßen: Im Herbst ist die Wärmeverteilung in horizontaler und vertikaler Richtung sehr gleichmäßig, der Witterungscharakter der ruhigste des ganzen Jahres. Der Boden erkaltet nun rascher als die Luft, die Wärmeabnahme mit der Höhe wird immer langsamer, weshalb trotz hoher Nachmittagswärme die Begleiterscheinungen einer kräftigen aufsteigenden Luftbewegung, die Nachmittagsregen und Gewitter, seltener werden. Die starke Wärmeausstrahlung der längeren Nächte begünstigt die Entstehung von Antizyklonen (Gebieten hohen Luftdrucks) über den Landflächen mit ihrem ruhigen, sonnigen, windstillen Wetter, mit ihren Bodennebeln in den Niederungen und Tälern und der milden Wärme Tag und Nacht hindurch auf den Berghängen und Höhen. Während im Frühling die Temperaturkurve sprunghaft aufsteigt und gleich darauf fast ebenso stark wieder zurücksinkt, um so allmählich im Zickzacklauf endlich den Scheitelpunkt der Sommerwärme zu erreichen, senkt sie sich im Spätsommer und Herbst in ziemlich gleichmäßigem Gefälle zum Minimum der Wintertemperatur. An den Küsten wird die Witterung im Frühling und Herbst von den benachbarten Wassermassen in ganz verschiedener Weise beeinflußt. Im Frühling ist das Meer kälter als das Land, es wirkt daher in einem gewissen Grade trocknend auf das letztere, vermindert die relative Feuchtigkeit, die Niederschläge und Bewölkung, begünstigt dabei die nächtliche Wärmeausstrahlung und die Spätfröste und Reife. Da die Wärme über dem Wasser viel langsamer ansteigt als über dem Inlande, so erfolgt die Temperaturzunahme auch gleichmäßiger, und Kälterückfälle sind seltener und werden weniger fühlbar. Umgekehrt verhält es sich im Herbst. Das Land erkaltet viel rascher als das Meer. Die von dem warmen Meere aufsteigenden Wasserdämpfe werden über dem erkaltenden Lande häufig kondensiert, die Küsten haben daher eine Tendenz zu Herbstregen (und Winterregen). Die Bewölkung ist stark, die nächtliche Wärmeausstrahlung erfolgt viel langsamer als über dem Inlande, die Temperaturkurve sinkt sehr langsam, und der Herbst hat deshalb einen mehr oder weniger erheblichen Wärmeüberschuß über das Frühjahr. Auch auf großen Ebenen läßt sich eine solche Einwirkung derselben auf den Charakter der Witterung im Frühling und Herbst bemerken. Die Neigung zu sporadischen Niederschlägen, zu Gewittern und Strichregen tritt über den Ebenen im Frühling stark hervor, es läßt sich eine gewisse Tendenz zu Frühlingsregen nicht verkennen. Umgekehrt ist im Spätsommer und Herbst eine Neigung zu anhaltend trockener Witterung vorhanden, die sich leicht bis zur Dürre steigert. Man kann wohl im allgemeinen sagen, daß auf der Ebene der Charakter des Inlandklimas am schärfsten ausgeprägt zutage tritt.

Aus dem Gerichtssaal. Strafkammer. Beim Einkaufen von Heringen entwendete der Arbeiter Karl L. von hier bei einem Kaufmann in der Königstraße aus einer auf dem Ladentisch stehenden Blechbüchse einen Geldbetrag. Vom Geschäftsinhaber zur Rede gestellt, behauptete L. nach anfänglichem Leugnen, nur 10 Pfg. herausgenommen zu haben. Aufgefordert, sofort das Geschäftslokal zu verlassen, kam er der Aufforderung nicht nur nicht nach, sondern wurde noch obendrein ziemlich ruppig. Wegen Diebstahls im Rückfalle und Hausfriedensbruchs wurde L. zu 4 Monaten 3 Tagen Gefängnis verurteilt. — Seinen Militärpaß gefälscht hat der Schlachter M. W. aus München und hat sich deshalb heute wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte reiste, nachdem er seine Militärzeit beim hiesigen Regiment hinter sich hatte, im Mai v. J. nach Mainz. Von dort ging er nach kurzer Zeit auf die Wanderschaft und meldete sich beim dortigen Bezirksfeldwebel nach Hamburg ab. Im Paß erhielt er folgende Bemerkung: „Nach Hamburg. Mainz, 25./6. 08." W. reiste hier in Lübeck zu und nahm hier seinen Wohnsitz, unterließ es aber, sich rechtzeitig beim hiesigen Bezirkskommando anzumelden. Aus Furcht vor Strafe radierte er in der Eintragung die „6" weg und setzte dafür eine „7" hin, sodaß der Mainzer Vermerk nunmehr lautete: 25. 7. 08. Mit diesem so korrigierten Passe meldete er sich nunmehr bei der Militärbehörde. Der Angeklagte kam mit der Strafe von einem Tage Gefängnis davon. — Zu einem Jahr Zuchthaus und 3 Jahr Ehrverlust wurde der wegen Sittenverbrechens schon zweimal vorbestrafte Arbeiter Friedrich N. von hier wegen Versuchs eines Verbrechens gegen die Sittlichkeit verurteilt. Der Wüstling hatte versucht, mit Kindern unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorzunehmen.

Der Kranken- und Sterbekasse „Amicitia" in Lübeck, eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 18, welche einen Nachtrag zu ihrem Kassenstatut zu erlassen beschlossen hat, ist vom Senate nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 die Bescheinigung erteilt worden, daß sie vorbehältlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach Erlaß dieses Nachtrages den Anforderungen des Gesetzes genügt.

Eine Entscheidung in Impfsachen, die weite Kreise interessieren wird, ist kürzlich vom Oberlandesgericht Celle gefällt worden. Es wird darüber geschrieben: Ein Impfgegner in Peine hatte die Impfung seiner zweijährigen Tochter verweigert und war deshalb in eine Strafe von 30 Mark genommen worden, die er bezahlte. Wenige Wochen später wurde er wegen wiederholter Weigerung nochmals mit 30 Mk. Strafe belegt, die aber vom Schöffengericht zu Peine auf eine solche von 5 Mk. ermäßigt wurde. S. legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Schließlich kam die Sache vor das Oberlandesgericht Celle, das zugunsten des S. entschied und ihn freisprach. Somit ist die Frage, ob eine mehrmalige Bestrafung wegen Impfweigerung zulässig ist, auch im Bezirk des Oberlandesgerichts Celle ebenso wie in Düsseldorf in einem für die Impfgegner günstigen Sinne entschieden worden.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 21. Septbr., morg. 6 Uhr: Wasser 13, Luft 8; 10 Uhr: Wasser 13, Luft 10; mittags 12 Uhr: Wasser 13, Luft 14; abends 6 Uhr: Wasser 14½, Luft 14 Grad Celsius.

Die Unterstützung kleiner Volksbibliotheken mit guten Büchern hat sich die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel zur Aufgabe gemacht. Mit welchem Erfolg, zeigt die Tatsache, daß sie seit ihrer Gründung im Jahre 1901 im ganzen bereits 119 552 schön und dauerhaft gebundene Bücher verteilt hat. Augenblicklich beginnt die Stiftung mit ihrer Bücherverteilung an kleine Volksbibliotheken. Die Sammlung enthält hervorragende Werke der deutschen Literatur, u. a. Kellers „Leute von Seldwyla", den zweiten Band von Gustav Freytags „Ahnen", — der 1. war im vorigen Jahre verteilt worden — die „Ausgewählten Gedichte" von Detlev von Liliencron, Ernst Zahns Roman „Herrgottsfäden", den klassischen Kriminalroman „Der Sonnenwirt" von Hermann Kurz und andere Bücher der schönen Literatur, sowie eine Anzahl von Jugendschriften. — Für die ganze Büchersamlung, die 3 Fünfkilopakete umfaßt, ist von seiten der Volksbibliotheken, die sie zu erhalten wünschen, eine kleine Summe (etwa der 3. Teil des Ladenpreises!) zu zahlen, die so bemessen ist, daß die Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung nicht unerheblich dabei zuschießt; dies ist ja gerade ihre Absicht und ihr Zweck; indessen hält sie es für falsch, die Bücher ganz umsonst abzugeben, und außerdem würden dann nicht 900 Volksbibliotheken diese Büchersammlung erhalten können, sondern nur ein sehr viel kleinerer Teil. Die Zahl der unterstützten Volksbibliotheken ist von Jahr zu Jahr gewachsen: 1903 betrug sie 500, 1907 z. B. 800, jetzt (wie gesagt) 900. Alle Volksbibliotheken, die die Büchersammlung E zu erhalten wünschen, mit der Stiftung aber noch nicht in Verbindung stehen, werden aufgefordert, ihre Bewerbung bei der Abteilung für Volksbibliotheken der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel einzureichen.

pb. **Alte Gummischuhe.** Am 18. ds. Mts. wurde von einem Arbeitsburschen bei einem hiesigen Produktenhändler ein Sack mit ca. 50 Pfund alten Gummischuhen zum Kauf angeboten. Er will den Sack mit Inhalt auf der Wallhalbinsel gefunden haben. Der Sack ist gezeichnet „66 K".

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 21. d. Mts., nachmittags zwischen 4½ und 7 Uhr wurde beim Restaurant Pockenhof ein Fahrrad, ohne Marke, gestohlen. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell, Nickelfelgen und gerade Lenkstange. An dem Fahrrade befand sich die Polizeinummer 3499.

Malente. Versammlung. Am Donnerstag, den 24. d. Mts. findet die nächste Versammlung des sozialdemokratischen Vereins von Malente, abends 8¼ Uhr bei O. Lühr, Restaurant „Seeluft", statt. Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist notwendig.

Oldesloe. Tödlicher Unfall. Der Steinsetzer Neubauer aus Elmshorn passierte Sonnabend abend in äußerst schnellem Tempo mit seinem Motorrad die Langestraße. Als er in die Mühlenstraße einbog, wo vor dem Geschäft des Uhrmachers Gräper ein Wagen mit Steinen hielt, sauste er mit rasender Geschwindigkeit gegen das von ihm nicht rechtzeitig bemerkte, in entgegengesetzter Richtung daherkommende Milchfuhrwerk der hiesigen Provinzialmeierei an. Er stürzte mit großer Vehemenz auf das Straßenpflaster und wurde von den Hufen des Pferdes so furchtbar zerstampft, daß er mit eingedrückter Schädeldecke in das städtische Krankenhaus befördert wurde, wo er Sonntag morgen durch den Tod von seinen Qualen erlöst worden ist.

Ahrensburg. Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. In Siek bei Ahrensburg überfielen drei Arbeitskollegen einen Knecht, weil er einen von ihnen aus dem Dienst gedrängt haben sollte, und mißhandelten ihn derartig mit Knüppeln, daß er bald nach der Einlieferung ins Marienkrankenhaus in Hamburg an den erlittenen Verletzungen verstarb. Die Täter sind verhaftet.

Plau in Mecklenb. Tödlicher Unglücksfall. Der Arbeiter Hammerpohl, welcher neben einem hoch mit Futter beladenen Wagen ging, glitt aus, geriet unter die Räder und wurde getötet.

Hamburg. Ein blutiges Drama spielte sich Sonnabend vormittag im Hause Marcusstraße 51, zweite Etage, ab und endete mit dem Tode eines Menschen, während ein zweites Menschenleben gefährdet ist. Der in der Marcusstraße 5, Haus 3, in einem Parterre wohnende 45 Jahre alte Händler Martin Boritzer lebte mit seiner früheren Haushälterin Ida Schwen in wilder Ehe. Da B. aber sehr zanksüchtig war, kam es häufig zu Streitigkeiten, worauf Fräulein Sch. den Verkehr löste und sich von B. lossagte. Solange B. mit der Sch. zusammenlebte, hatte er eine Wohnung im Rademachergang 50 inne. Diese gab er nun auf und zog in die Wohnung Marcusstraße 5. Von hier aus stellte er der Sch. nach und erfuhr, daß sie in derselben Straße Nr. 51 wohnte. Hier suchte B. sie in den Vormittagsstunden auf und wurde auch von der Sch. eingelassen. Letztere nötigte B. zum Sitzen und bot ihm eine Tasse Kaffee an. Während B. trank, las die Sch. einen Brief von ihrer Mutter, worin letztere ihrer Tochter vor dem ferneren Umgang mit B. warnte. B. blickte der Sch. über die Schulter, las den Brief und rief die Lesende an. Diese wendete sich und im selben Moment zog B. einen Revolver, den er auf das Mädchen abdrückte. Die Kugel drang der Unglücklichen ins Gesicht, so daß sie schwer getroffen zusammenbrach. Als B. sah, was er angerichtet hatte, richtete er die Waffe gegen sich und schoß sich eine Kugel in die Schläfe. Nachbarn eilten in die Wohnung und alarmierten die Polizei. Die Sch. wurde besinnungslos ins Hafenkrankenhaus gebracht, während B. noch in der Wohnung verschied und der Leichenhalle des Hafenkrankenhauses eingeliefert wurde.

Rotenhausen. Ein Feuer zerstörte am Sonntag abend gegen 8 Uhr einen Arbeiterkaten. Über die Entstehungsursache des Brandes liegt uns noch keine Meldung vor.

Schestedt. Im Streit erstochen. In der Nacht zum Montag wurde der auf Gut Freienberg bedienstete Deputatknecht Peters von dem in Gruhl wohnenden Arbeiter Kock durch einen Messerstich in den Hals auf offener Straße getötet. Zwischen den Genannten, welche von einem Feuerwehrfest heimkehrten, sollen Streitigkeiten entstanden sein, die zu dem unglücklichen Ausgange führten. Der Täter ist verheiratet, der Getötete war es auch.

Neudorf. Die Wahlmännerwahl endete mit dem Siege des Mischmasches. Die Kandidaten der Sozialdemokratie erhielten 34 Stimmen, während auf die liberal-agrarischen Kandidaten 66 bis 67 Stimmen entfielen.

Flensburg. Die Strafkammer verurteilte den Weichensteller Peter Harmsen aus Jübek, der in der Nacht zum Gründonnerstag den von Süden auf Jübek einlaufenden Zug dadurch gefährdete, daß er zwei mit Vieh beladene Waggons auf dem Gleise stehen ließ, zu zwei Wochen Gefängnis. Als Folge des Zusammenstoßes ergab sich die Verletzung der beiden Lokomotivbeamten; auch entstand ein größerer Sachschaden. Der mitangeklagte Stationsassistent Förste wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen beide ein Jahr Gefängnis beantragt.

Tondern. Bei der Landtags-Ersatzwahl in Tondern für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Feddersen wurde Dr. Schifferer (natlib.) mit 121 Stimmen gewählt. Drei Wahlmänner gegenüber der letzten Wahl fehlten. Die Dänen und die Freisinnigen enthielten sich der Abstimmung.

Husum. Ein Haus eingestürzt. Die hintere Hälfte des Neubaues des Gärtners Rohde in der Süderstraße stürzte gestern plötzlich in sich zusammen. Nur ein Arbeiter wurde leicht verletzt, die übrigen kamen wie durch ein Wunder mit heiler Haut davon.

Bremen. Rettung aus Seenot. Die Rettungsstation Kuxhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 20. September wurden von dem auf Scharnhörn gestrandeten deutschen Schiffe „Gloria", Kapitän Ramcke, leer von Wittdün nach Altona bestimmt, zwei Personen durch das Rettungsboot des dritten Elbleuchtschiffes gerettet.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

D. G. F.
Donnerstag abend 8½ Uhr:
Versammlung im Vereinshaus.

V. G. St.
Mittwoch, den 23. dss., im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Für die Unterstützung vom Bauarbeiterverband dankt herzlich
Frau C. Wegner.

Zu vermieten **freundliches Parterrezimmer** für 1 bis 2 junge Leute
Teichstraße 8 a.

Ein Parterre-Logis, Wohn- und Schlafzimmer, für 2 Mann zu vermieten
Mühlenstraße 91/5.

Freundliches Logis mit oder ohne Kost
Lindenstraße 11 a.

Ein Malergehilfe gesucht.
F. Schmidt, Elswigstraße 38.

Gesucht zum 1. Januar oder früher als sichere Hypothek **800 Mark.**
Ang. u. **S G** an die Exped. d. Bl.

Unter Garantie des Einstampfens
kaufe zu hohen Preisen Kontorbücher, Akten, Briefe und altes Papier **Mengstraße 29.**

Zu verkaufen **gut erhaltene Bettstelle** mit Seegrasmatratze. Zu besehen morgens von 7—9 und abends von 8—10 Uhr.
Kanalstraße 4, III., links.

Zwei Landschaftsbilder
zu verkaufen Schützenstraße 57, II.

Eine 2schläfige Bettstelle
mit Matratze zu verkaufen
Friedenstraße 65, II.

---

900 Pfund Eßkartoffeln
zu verkaufen
Schönkampstraße 3, II., l.

Kaufe ausgekämmtes Haar.
J. Lau, Dankwartsgrube 39.
Daselbst ein Vertikow zu verkaufen.

Eine kleine Katze zu verschenken.
Kupferschmiedestraße 12, II.

Von Donnerstag vormittag an können bestellte **Pflaumen** 100 Pfd. 4 Mk., 10 Pfd. 50 Pfg. abgeholt werden.
Wickedestraße 33.

Hochfeiner
vollfett Tilsiter Käse
(Farbfehler)
per Pfund nur 25 Pfg.
Pa. magern u. fetten Speck
per Pfund 85 Pfg.
Pa. Nonnenäpfel Pfd. **12** Pfg.,
pa. doppelte Beurre de gris Pfd. **20** Pf.
Löhnmann & Co.
Königstraße 127.
Rote Lubeca-Rabattmarken.

Kartoffeln
zum Winterbedarf,
feinste Lauenburger, französische, Magnum bonum und lange Gelbe billigst.
Wiederverkäufer äußerste Preise.
C. Heese, Jacobsens Nachfolger
Tel. 1440. Meierstr. 26

Empfehle von heute ab wieder
ff. Brotwurst Stück **10** Pfg.,
sowie
Kopffleisch Pfund **40** Pfg.,
1 Posten **ger. Mettwurst 1** Mk.
Hans Busehow
Schlachterei u. Wurstfabrik
Fackenburger Allee 30 a, gegenüber der alten Kaserne.
Telephon 1839.

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot.
C. Siemers, Struckmühle.
Fernsprecher 1110

Ca. 50 guterhaltene
Fahrräder
mit und ohne Freilauf, verschiedene Marken, preiswert schon von 12 Mk. an, zu verkaufen.
Heinr. Körner, Lübeck,
Gr. Burgstraße 15.

Billige Preise
für
Manufakturwaren u. Konfektion.

Von heute Dienstag, den 22. September, an bis einschliesslich Mittwoch, den 30. September, lasse ich mit Rücksicht auf die bevorstehende Miete-Zahlung für **sämtliche Artikel** meines Waren-Lagers ermässigte Preise eintreten. Die Herabsetzung beträgt für reguläre Ware **10 Prozent,** für Saison- und zurückgesetzte Artikel mindestens **20 Prozent,** ausserdem **rote Rabattmarken.**

Otto Schlichting
Ecke Warendorp- u. Geverdesstrasse.

Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.
Redigiert von **Karl Kautsky.**

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Vollständiger Ersatz für den Fach- u. Schulunterricht durch d. Lehrmethode Rustin: **Fernunterricht** in **Deutsch, Französisch, Englisch, Lateinisch, Griechisch, Mathematik, Geographie, Geschichte, Literaturgeschichte, Handels-Korrespondenz, Handelslehre, Bankwesen, Kontokorrentlehre, Buchführung, Kunstgeschichte, Philosophie, Physik, Chemie, Naturgeschichte, Evangelische u. Katholische Religion, Pädagogik, Harmonielehre, Stenographie.** Glänz. Erfolge. Spezialprospekte u. Anerkennungsschreiben gratis u. franko.
Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam.

Die Geächteten.
Sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes.
Von **Wilhelm Blos.**

In diesem Werkchen sind die Verfolgungen, denen die Sozialdemokraten in jener Zeit ausgesetzt waren, trefflich geschildert und erfährt das Parteileben jener Zeit eine Beleuchtung, welche den älteren Parteigenossen eine Erinnerung an jene Zeit und den jüngeren einen willkommenen Einblick in die Vergangenheit der Partei bringen dürfte. Diesem ersten Bande wird ein zweiter und dritter Band folgen, welche das Treiben der Anarchisten während des Sozialistengesetzes, sowie den Sturz Bismarcks, des Haupturhebers dieses Gesetzes, eingehend behandeln wird. Allen Parteigenossen ist dies Werk bestens zu empfehlen und kann der erste Band, der vollständig erschienen ist, in 6 Lieferungen à 20 Pfg. oder gebunden Mk. 2.— bezogen werden durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46. sowie deren Kolporteure. Johannisstr. 46.

Schmiedestr. 20. Tonhalle Schmiedestr. 20.
Fünftes Wochenprogramm der Winter-Saison.

Für **20** Pfg. **Das Uralgebirge** (Naturaufnahme). — **Die Feier der Musen** (Naturaufnahme). — **Der Onkel aus Amerika** (Drama). — **Eine Affäre im Select-Hotel** (komisch). — **Der verwandelte Prinz** (großes Märchen). — **Die ausgepreßte Zitrone.** — **Ein unvermögender Offizier.** — **Französische Luftschiffe.** — **Die verkehrte Welt** oder **der Gast als Kellner.** — **Streifzüge durch Rußland.** — **Der Luftzug-Apparat.** — **Unrecht Gut gedeihet nicht.** — Auf vielseitigen Wunsch für die Nachmittags-Vorstellungen: **Der gestiefelte Kater.** Kinder **10** Pfg.
Die Direktion.

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.
Alle Fabrikate werden fachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung.
Emaillieren, Vernickeln billig und gut.
Carl Heynert, Lübeck
Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege
H. Schreiber, Breitest. 24

Abreisenden
aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. **Fischergr. 52**

Achtung!
Zentralvb. d. Maurer.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 23. Sept.,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Gaukonferenz und Wahl der Delegierten.
2. Innere Verbandsangelegenheit.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
NB. Die Lohntarife werden in der Versammlung ausgegeben.

Deutscher Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 23. Sept.
abends 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Unsere Statistik.
3. Abrechnung vom Vergnügen der weiblichen Mitglieder.
4. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse.
5. Wahl von zwei Delegierten zur Werftarbeiterkonferenz.
6. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verein für Gesundheitspflege.
Monats - Versammlung
Dienstag, den 29. September,
abends 8½ Uhr,
in der Bauhütte.
Tagesordnung: Winterprogramm, Brunnen in Karlshof, Verschiedenes.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Rekrutenabschiedsfeier
am Mittwoch, den 23. September,
abends 8½ Uhr
im Vereinslokal Hundestraße 41.
Vortrag vom Arbeitersekretär R. Wissell: „O, schöner Tag, wann endlich der Soldat ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit zurück". (Schiller, „Wallenstein".)
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
NB. Gäste, insbesondere zum Militär eintretende, sind hiermit besonders eingeladen.

Hansa-Theater
Telephon 384.
Gastspiel
Job-Classen.
Heute Dienstag, den 22. Septbr.
Anfang punkt 8¼ Uhr.
Nur noch 3malige Aufführung!
Tränen werden gelacht.
Sie will Einen.
Schwank mit Gesang in 3 Akten.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.
Nächste Novität:
Ein dreieckiges Verhältnis.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 222. Dienstag, den 22. September 1908. 15. Jahrg.

Proletariat im alten Rom.

Von Hanns Fuchs.

Wenn wir an das klassische Altertum, an Rom oder Griechenland denken, so steigen in der Regel zuerst die lichten, weißen Göttertempel, die schönen Statuen und Bildwerke, die erhabenen Dichtungen, die uns das Altertum beschert hat, vor unserem Geiste auf, und wir malen uns jene weitvergangene Zeit gern als den Inbegriff aller Schönheit und aller Glückseligkeit aus. Und wirklich, wenn wir das Leben von heute mit dem Leben im alten Rom oder im alten Athen vergleichen, müssen wir uns gestehen, daß jene Alten uns in vielen, vielen Fragen des Lebens unendlich weit voraus waren, daß sie im großen und ganzen sogar ein menschenwürdigeres Dasein führten als wir, die wir uns leider oft recht viel darauf einbilden, wie herrlich weit wir es eigentlich gebracht haben.

Fragen wir uns aber einmal nach den politischen Verhältnissen dieser alten Kulturzentralen, und bemühen wir uns, ein wenig unter die Oberfläche der Dinge zu sehen, so merken wir bald, daß durchaus nicht alles in jenen Städten so schön war, wie die Kunstwerke, die auf uns gekommen sind, zu sagen scheinen.

Wie wir heute in modernen Großstädten z. B. in London, immer mehr dahin kommen, daß die Bevölkerung sich in zwei Klassen teilt, deren eine ungeheuren Reichtum besitzt und deren andere zu bitterster Not verdammt zu sein scheint, so stand auch im Altertum der Welt der Schönheit, der Freude und der Harmonie eine andere Welt gegenüber, die nichts als Elend und Schmerzen umschloß.

Mit dem Worte „Sklaverei" ist eigentlich schon alles gesagt. Es mag sein, daß ohne die Sklaverei auf der einen Seite die höchste Blüte der antiken Kultur nicht erreicht wäre. Aber eine Kultur, die sich auf der Knechtung und Unterdrückung unzähliger Menschen, zahlreicher Menschengenerationen aufbaut, trägt schon ihren Todeskeim in sich und muß zerfallen, wie ja in Wahrheit Roms und Athens Kultur zerfallen ist.

Wenn wir uns einmal fragen wollen, welche Stellung das Proletariat im alten Rom einnahm, müssen wir zunächst antworten, daß es in unserem Sinne eigentlich gar kein Proletariat gab. Das, was wir heute Proletariat zu nennen gewohnt sind, deckt sich in der antiken Welt ungefähr mit den Sklaven, ohne sich jedoch ganz und gar auf ihre Kreise zu beschränken.

Diese Sklaven aber, die zu einzelnen Herren, zu großen Haushaltungen gehörten, schieden, da sie politisch und menschlich nicht die mindesten Rechte besaßen, eigentlich wieder aus der politischen Gemeinschaft und Gemeinsamkeit völlig aus, und wenn wir sie heute Proletarier nennen, so geschieht es eigentlich nur deshalb, weil ihre Lage eine so überaus bejammernswürdige und elende war, und weil sich schließlich bei allen Veränderungen im Laufe der Zeiten doch gewisse Ähnlichkeiten zwischen ihnen und dem Proletariat von heute ergeben, auf die wir später zurückkommen müssen.

Streichen wir zunächst die Sklaven aus der römischen Gesellschaft, zu denen selbstverständlich auch die Söldnerheere im gewissen Sinne zu zählen sind, so scheint sich auf den ersten Blick eine Zweiteilung der römischen Gesellschaft in Adel (Patrizier) und in Bürger zu ergeben.

Dem römischen Geschichtskundigen ist es nicht schwer, und bei der großen Zahl der uns überkommenen Familienpapiere ist es im Grunde ein ziemlich einfaches Beginnen, nachzuweisen, wie sich von vornherein im römischen Staatswesen bei aller Betonung der republikanischen Eigenart ein scharfer Riß zwischen Adel und Bürgern aufgetan hat.

Der Adel waren die großen, reichen Herren; aus ihnen wurden die Senatoren gewählt, die Konsuln, die Heerführer. Daß sich Männer aus dem Bürgerstande zu solchen Stellen aufschwingen, ist eine ungeheure Seltenheit.

Man ziehe eine Parallele und stelle sich einmal vor, aus welchen Kreisen die Männer stammen, die bei uns die bevorzugtesten Stellungen einnehmen, und man wird finden, daß sich in den zweitausend Jahren, die zwischen dem Damals und dem Heute liegen, die Verhältnisse trotz des angeblich nivellierenden Einflusses des Christentums gar nicht so sehr verändert haben.

Und gerade wie heute sich das Bürgertum aus einem bunten Durcheinander der verschiedenen Elemente zusammensetzt, die sich gegeneinander durchaus nicht mehr scharf abgrenzen lassen, so war es auch damals, und neben kleinen Besitzenden und Gewerbetreibenden gehörten Freigelassene und allerlei nichtstuendes Volk zum Bürgerstande, den die Herren im Lande mit ihren Zirkusspielen und Gladiatorenkämpfen unterhielten.

Die große Menge dieses Bürgerstandes ist sicher in den Augen der römischen Patrizier das wahre Proletariat der Stadt gewesen, und man muß gestehen, daß diese Schichten des Volkes bei allen möglichen Gelegenheiten eine recht wenig rühmliche Rolle gespielt haben.

Einem kühnen Patrizier, Coriolan, dem es in den Sinn kam, dem Volke Roms zu größeren Rechten zu verhelfen, mußte bald der Sinn dafür aufgehen, daß mit den Bürgern wenig genug anzufangen war, und sein Aufstand, der mit großen Hoffnungen ins Werk gesetzt war, verlief kläglich und elend im Sande, weil die tatkräftige Hilfe und die Begeisterung der Bürger, mit der er gerechnet hatte, ausblieb.

Man sieht, auch zwischen dem Bürgertum von damals und heute lassen sich unschwer Brücken schlagen. Die Bequemlichkeit, die sich am leicht Erreichten erfreut und begnügt, ist, wie damals, heute immer noch die gleiche, und es ist ein lehrreiches, aber müssiges Beginnen, sich vorzustellen, wie die Welt heute wohl aussähe, wenn von Anfang aller Kultur an diese genügsamen und zufriedenen Menschen im Getriebe der Städte und Staaten gefehlt hätten.

Es lohnt sich nicht recht, sich mit diesem römischen Bürgerstande zu beschäftigen. Im vorigen Jahre, als das Deutsche Schauspielhaus die meisterhafte Aufführung des „Julius Cäsar" bescherte, konnten wir bewundern, mit welcher Sicherheit und Kühnheit Shakespeare dieses Volk von Rom gekennzeichnet hat, das in der einen Stunde Cäsar zujubelt, um ihn in der nächsten zu verfluchen, das seinen Tyrannen aber ebenso schnell wieder segnet, als es von Antonius hört, was alles Cäsar dem Volk in seinem Testament versprochen hat oder versprochen haben soll.

Wir wollen uns lieber ein wenig mit der Lage der Sklaven beschäftigen, die, um es noch einmal zu sagen, politisch völlig bedeutungslos waren, besonders, nachdem ein Versuch eines kühnen Mannes, die Sklaven zum Aufstande und zur Empörung zu bringen, völlig fehlgeschlagen war.

Es gab ungefähr keine Tätigkeit im Lebenskreise des antiken Roms, für die die reichen Vornehmen sich nicht Sklaven hielten. Die Gladiatoren, die sich zur Belustigung der Menge töten lassen mußten, waren Sklaven, die Kämpfer, die in der Arena mit wilden Tieren zu kämpfen hatten, waren Sklaven. Der größte Teil der Dinge, die man zum täglichen Leben brauchte, wurde nicht wie heute in Läden gekauft, sondern wurde im Kreise jeder Haushaltung hervorgebracht oder angefertigt. Da gab es: Bäcker, Müller, Weber, Schmiede, Schneider, Gärtner, Türsteher, alle waren sie Sklaven irgend eines Herrn. Die Erzieher der Kinder waren Sklaven, die Sänger, die Flötenspieler. Ja, es gab wieder besondere Sklaven, die dazu bestimmt waren, die von den Herren über ihre Kameraden verhängten Strafen auszuführen. Den Sklaven gegenüber standen in entsprechenden Berufen und entsprechender Verwendung die Sklavinnen, und da alle Kinder, die aus der Ehe eines Sklaven und einer Sklavin hervorgingen, ohne weiteres wieder Sklaven waren, da Rom immer genug Kriege führte, deren Gefangene in Rom Sklavendienste zu tun hatten, war natürlich dafür gesorgt, daß an Sklaven niemals Mangel war.

Selbstverständlich hatten die Herren früher auch richtig erkannt, daß eine solche Gesellschaftsordnung, das Willenlosmachen so vieler Menschen, nur durch ein Regiment der eisernsten Strenge, der Willkür, aufrecht zu erhalten ist; so war denn natürlich die Lage der Sklaven — wenn es auch Ausnahmen gab, und namentlich teuere und gelehrte Sklaven wurden meistens recht gut gehalten — eine überaus harte und traurige. Wir wissen von irgend einem vornehmen Schlemmer, daß er die Muränen in seinem Fischteiche mit Sklavenfleisch fütterte; von einem anderen ist uns berichtet, daß er, als irgend ein Unglück sein Haus getroffen hatte, Hunderte seiner Sklaven töten ließ. Niemand kümmerte sich darum, niemand zog diese Gewalthaber im kleinen zur Rechenschaft. Sie waren über das Schicksal, über Leben und Tod ihrer Sklaven unbeschränkte Herren. Erschien ein Sklave vor Gericht als Zeuge, so hatte der Richter ohne weiteres das Recht, den Sklaven zur Erzwingung wahrer Aussagen foltern zu lassen.

Zwar gab es Gesetze, die es mit Strafe belegten, wenn ein römischer Edelmann oder eine römische Dame Sklaven oder Sklavinnen mutwillig töteten — aber schon damals soll es vorgekommen sein, daß gegen die Großen der Erde die Gesetze nur vorsichtig und mit Schonung angewandt wurden.

Wie wenig ein Sklave galt, wie gering sein Leben bewertet wurde, zeigt sich am besten darin, daß das junge Christentum in Rom geradezu lächerlich niedrige Kirchenstrafen auf Mißhandlungen und Töten der Sklaven setzte.

Eine Dame z. B., die eine ihrer Dienerinnen getötet hatte, wurde für eine Reihe von Wochen von den gemeinsamen Gottesdiensten der Gemeinde ausgeschlossen. Das war alles. Irgend eine andere Sühne für dieses Verbrechen gab es nicht.

Noch tief hinein bis in die christliche Zeit hat in Rom die Sklaverei in Wahrheit bestanden, auch wenn mönchische Schriftsteller sich eifrig bemühen, diese Behauptung unabhängiger Autoren zu widerlegen und zu entkräften. Ganz langsam, im Laufe der Jahrhunderte erst, ist es möglich gewesen, die Sklaverei aus dem öffentlichen Leben auszuschalten; der Einfluß des Christentums auf diese Veränderung aber ist im Grunde ein sehr geringer gewesen. Ja, man kann ruhig behaupten, daß die Kirche manches getan hat, alles beim alten zu lassen. Wie sich denn ja auch in anderen christlichen Ländern die Sklaverei in die Institution der Leibeigenschaft verwandelt hat, die ja noch bis in die neueste Zeit hinein bestanden hat und in Rußland, wenn auch nicht mehr auf dem Papier, so doch in Wahrheit heute noch besteht.

Um sich nun ganz vorzustellen, was die Sklaven im alten Rom bedeuteten, muß man einmal den Versuch machen, ihre Tätigkeit aus dem Getriebe der Stadt und des Staates auszuschalten, um sich dann vorzustellen, in welchem Kreise das Leben dann wohl gelaufen sein möchte. Die Antwort liegt auf der Hand: Eine völlige Umkehrung aller Verhältnisse, ein völliges Stocken des Lebens wäre die sofortige und natürliche Folge gewesen, wenn in

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(55. Fortsetzung.)

Der Mann barg erschüttert sein Antlitz in den Händen, und die Frau, die ihn mit schmerzlichen Kopfnicken wenige Momente still beobachtete, fuhr endlich langsam und traurig fort: „Dem Elend, Eduard, ich kann Dir das Wort nicht ersparen, so sehr es mir auch das Herz zerreißt, dem bittern Elend, denn Du kennst nicht den tausendsten Teil des Leides, das Du damals durch Deine Entfernung, ja ich möchte fast sagen Flucht, über mich und Dein Kind gebracht. Ich war lange krank, und wären die Nachbarn nicht gewesen, die aber auch erst später erfuhren, daß wir wirklich Mangel litten, wir wären verhungert in der Wildnis hier. Doch das ist jetzt vorbei", setzte sie rasch hinzu, als sie sah, wie furchtbar der Unglückliche von den Worten ergriffen war, „es ist vorüber und überstanden, aber wissen mußtest Du's, und möge Dir das Wort eine, wenn auch bittere Arzenei sein, damit Dein Geist in seinem jetzigen neuen Streben daran zurückdenken könne. Der Gedanke an uns — an Dein Kind wird Dich dann am leichtesten vor einem Rückfalle bewahren."

„Aber was kann ich beginnen", sagte Hohburg mit tränenerstickter Stimme, „wozu reichen meine Kräfte aus, und wer wird mich in diesem Zustande in Arbeit nehmen? Meine Kleider sind im Busche abgenutzt und zerrissen, und mir selber wird am Ende nichts anderes übrig bleiben, als, so schrecklich das Leben auch dorten ist, in den Busch zurückzukehren."

„Nein, das sollst Du nicht", sagte die Frau mit ruhiger, entschlossener Stimme, „noch gibt es hier in der Ansiedelung Mittel und Wege genug, dem, der ernstlich arbeiten will, auch durchzuhelfen. Ich will deshalb morgen selber mit Herrn Lischke sprechen. Das ist ein durchaus rechtschaffener, aber auch praktischer Mann, der die Sachen allerdings beim rechten Namen nennt, aber auch beim rechten Ende angreift, und schon vielen, bei denen er Ernst und guten Willen sah, hier in Australien geholfen hat. Er ist nicht säumig, weder mit Rat noch That, wo er weiß, daß Hilfe not tut und auch nützen kann, und ich glaube, daß er etwas auf mich hält. Wenn ich ihn ernstlich darum bitte, wird er uns wenigstens seinen guten Rat, vielleicht auch Beistand, nicht versagen, und erst einmal nur in Gang gebracht, wirst Du Dir schon selber helfen können. Jetzt aber vor allen Dingen tut Dir not, daß Du Dir neue Kleider schaffst" — setzte sie freundlicher hinzu. „Du hast recht, in dem Anzuge kannst Du niemanden um Arbeit oder Beschäftigung ansprechen; Du mußt anständig aussehen, damit die Leute auch wieder Vertrauen zu Dir gewinnen."

„Aber ich habe" — stammelte tief errötend der Mann.

„Ich weiß es schon," sagte abwehrend die Frau, „so viel ist mir aber selber noch geblieben, Dir zu helfen. Einen Notpfennig für mich und das Kind hatte ich zurückgelegt, um in einem möglichen Krankheitsfalle nicht ähnlicher Gefahr ausgesetzt zu sein, als früher. Da, nimm das!" setzte sie freundlich hinzu, während sie an ihren Koffer ging und aus einem kleinen, auf dem Boden versteckten Säckchen etwa zwanzig Schillinge in Silber nahm, „es wird genügen, Dir das Notwendigste an einfachen Kleidern zu verschaffen, Staat sind wir beide nicht berechtigt zu machen."

„Aber wie soll ich nur selbst in diesen Lumpen in die Stadt gehen," sagte Hohburg, indem er mit einem dankenden Blick und Tränen in den Augen ihre Hand drückte.

„Du hast das nicht nötig," erwiderte ihm die Frau, „kaum eine halbe Stunde von hier, wenn Du gleich links dem breiten Weg folgst und Dich zwischen den Fenzen hältst, kommst Du zu einem kleinen Laden, wo billige Kleidungsstücke feilgehalten werden. — Du mußt auch von dem Gelde noch genug übrig behalten uns ein Brot mitzubringen, denn ich habe nicht einmal ein Stück mehr für das Kind im Hause zum Abendessen. Aber so viel bleibt Dir schon, denn solche Kleider sind hier im Lande erstaunlich billig. Doch wirst Du auch gehen können?" unterbrach sie sich plötzlich, ihn besorgt ansehend, „Du scheinst noch schwach und erschöpft. Lieber bleibt es bis morgen; Du ruhst Dich heute noch aus, und ich gehe selber nach dem Brote."

„Nein mein Kind", sagte Hohburg, „seinen Hut von dem Koffer nehmend auf dem er lag, „ich bin stark genug, und die frische Luft draußen wird mir überdies wohl tun und mich kräftigen. Ach, Louise, wenn ich nur wüßte, wie ich das wieder gut machen sollte, was Du jetzt für mich tust, aber ich sehe kein Ende dieses Elends vor Augen."

„Sobald Du an Dir selber verzweifeltest, wäre es freilich schlimm", sagte ernst die Frau, „aber so weit gesunken sind wir Gott sei Dank noch nicht, und unser eigener Fleiß, unsere Sparsamkeit und Ausdauer können uns wieder heben. Mein einziger Wunsch ist ein kleines Kapital, und wären es nur dreißig oder vierzig Pfund Sterling, zu erübrigen, um damit in der Stadt ein Putzgeschäft zu beginnen. So viel brauch' ich, dann aber weiß ich auch, daß ich rascher vorwärts käme und Geld damit verdienen könnte. In die Stadt müssen wir ja doch in einigen Jahren ziehen, sobald Lieschen groß genug wird, die Schule zu besuchen. Allein wäre es mir nun freilich sehr sauer geworden, so viel zu ersparen, und lange, lange Zeit hätte ich dazu gebraucht; aber wenn Du mir hilfst und Dich ordentlich und tüchtig zusammennimmst, wird es schon rascher gehen. Siehst Du, Eduard, ich habe weit mehr Hoffnung auf Dich, und traue Dir viel mehr zu als Du Dir selber, und Du gerade solltest mir jetzt Mut einsprechen."

„Dreißig Pfund," sagte Hohburg mit leiser schmerzgedrückter Stimme vor sich hin, denn unwillkürlich mußte er an die fast gleich hohe Summe denken, die er jetzt im Busche so leichtsinnig hinausgeschleudert und ordentlich von sich geworfen in wildem Schlemmen, während seine Frau hier dieselbe als das höchste Ziel ihres Strebens betrachtete. „Dreißig Pfund, wie wenig hier im Lande, und doch, wie lange Zeit gehört dazu, sie zu verdienen!"

„Wenn nur der Anfang zum Sparen erst einmal gemacht ist," — ging die Frau leicht darüber hin, dem Armen nicht noch weher zu tun, „so findet sich das übrige bald nach. Wer weiß, ob Du nicht hier eine Stellung findest, in der Du es in einem Jahre verdienen und zurücklegen kannst. Du schreibst eine sehr schöne Hand, bist mehrerer Sprachen mächtig, solche Leute finden sich nicht überall und werden oftmals sehr gesucht. Während Du fort warst hat sich der alte Mr. Gillmore wohl ein halbes Jahr lang die größte Mühe gegeben zu solcher Arbeit einen passenden Mann zu bekommen, und wer weiß, ob es selbst jetzt zu spät ist, bei ihm Beschäftigung zu erhalten. Jedenfalls kann eine Anfrage bei ihm nichts schaden, denn er hat ausgedehnte Besitzungen und beschäftigt viele Menschen. Aber nun fort, Eduard, es wird sonst zu spät, ehe Du zurückkehrst, und wenn Lieschen aufwacht und zu essen verlangt, kann ich ihr nicht einmal etwas geben."

dem ganzen ungeheuren römischen Reiche alle Sklaven an einem Tag die Arbeit niedergelegt hätten, wenn sie, wie wir heute sagen, in Streik getreten wären.

Wir wollen uns nur ganz kurz ins Gedächtnis rufen, was dann alles im Reiche aufgehört hätte, lebendig und in Bewegung zu sein.

Die Bergwerke, die über das ganze Reich zerstreut waren, hätten stillgelegen, die Schiffe hätten die Häfen nicht mehr verlassen und hätten nicht mehr von einer Küste zur anderen Waren befördert, dem unersättlichen Schlunde Roms wären nicht mehr aus aller Herren Länder seine Bedürfnisse hergeschafft worden. Die Arbeit an den Grenzwällen des Landes hätte gestockt, die Mauern der Kastelle und Festungen wären unbesetzt gewesen, und den Feinden, die draußen im Reiche immer auf der Lauer waren, wäre es ein leichtes Spiel gewesen, in das Reich einzudringen. Und wie im großen, so wäre es im einzelnen und kleinen gewesen. Die Betriebe der einzelnen Haushaltungen hätten gestockt, die Felder hätten brach gelegen, die Schätze der Wälder wären nicht mehr nutzbar gemacht, denn alles, alles, was nur mit Arbeit zusammenhing, war ja der Sklaven Teil.

Es liegt nun klar auf der Hand, daß wir den ungeheuren Nachteil begreifen, in dem die Sklaven von damals sich gegen die Proletarier von heute befinden, mit denen sie, wie ein Vergleich leicht lehrt, den größten Teil ihrer Lebensaufgabe zu teilen haben.

Waren jene nicht nur im Körperlichen, sondern auch Geistigen völlig unselbständige Wesen, so sind die Proletarier von heute reifgewordene Menschen, die genau wissen, was sie wollen, die mit hellen Augen in die Zukunft schauen.

Und darum ist ein Vergleich und eine Beschäftigung mit den politischen Verhältnissen der antiken Welt so nützlich. Er zeigt, daß die Gesetze, aus deren Zusammenklingen und Zusammenfließen das Getriebe eines Staates entsteht, im Grunde dieselben bleiben. Nur eins ändert sich, der Wert und die Bedeutung der Räder, die das große Uhrwerk des Staates in Bewegung setzen.

Einmal im Jahre pflegten die Römer ein Fest zu feiern, das sie Saturnalien nannten. An diesem Tage war ihre Gesellschaftsordnung umgekehrt. Die Sklaven wurden zu Herren und die Herren wurden zu Sklaven, die ihre Diener und Dienerinnen bedienten und ihnen aufwarteten, genau, wie es sonst die Sklaven taten. Drei Tage dauerte dieser kurze Herrentraum und dieses kurze Glück der Sklaven, und dann sanken sie wieder hinab in die Nacht und die Dunkelheit ihres elenden Lebens.

Aber immerhin: Wie eine Verheißung auf künftige bessere Tage mag dies wunderliche Fest doch in ihren Herzen geleuchtet haben, und wenn wir nun vergleichen zwischen dem Damals und dem Heute, zwischen dem Gewesenen und dem Erreichten, so haben wir zwar nicht den mindesten Grund, feiernd die Hände in den Schoß zu legen und zu glauben, wir könnten nun zufrieden sein und alles Erreichbare sei erreicht, aber wir sehen an den Lehren der Geschichte mit klarer Gewißheit, daß der Weg der Menschheit aufwärts gegangen ist, und wenn wir aus dem Vergangenen Schlüsse auf die Zukunft machen wollen, müssen wir uns sagen, daß es nur an uns liegt, wenn die Richtung dieses Weges nach oben auch in der Zukunft bestehen bleiben soll.

Soziales und Parteileben.

Aussperrung in Sicht. Wie die „Berliner Volksztg." berichtet, ist eine Aussperrung sämtlicher Schuhfabrikarbeiter in Tuttlingen in Württemberg vom Schuhfabrikantenverein angedroht worden für den Fall, daß die Kündigung der Zwicker in drei Fabriken nicht bedingungslos zurückgenommen wird. Es handelt sich um etwa 2000 Arbeiter.

Konflikt in der Weberei. Eine Belegschaftsversammlung der Arbeiter der Webereifirma F. Cohn in München-Gladbach beschloß, wegen der angekündigten Lohnreduktion zum Sonnabend, den 19. dieses Monats, die Kündigung einzureichen.

Fünfhundert Bergleute der Grube Gilly bei Charleroi sind wegen der für Anfang Oktober angekündigten Lohnherabsetzung von 10 Proz. in den Ausstand getreten.

Der Streik auf der Hauptlinie der Orientbahn dauert fort. Das Syndikat der Streikenden besteht, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, fest auf seinen Forderungen. Die Direktion, die bereits großes Entgegenkommen zeigt, erklärt, nicht weiter gehen zu können. Das österreichisch-ungarische und das deutsche Konsulat suchten auf die aus Österreich-Ungarn und Deutschland stammenden Bahnangestellten einzuwirken. Augenblicklich finden Verhandlungen zwischen Streikenden und dem Polizeiminister statt, der hierzu von der Pforte beauftragt wurde.

Die Vereinigung der polnischen Gewerkschaften. Zu dieser Angelegenheit wird uns noch geschrieben: Unter national-polnischem Einflusse befinden sich die gewerkschaftlichen Organisationen: 1. die polnische Berufsvereinigung (Sitz Bochum); die Mehrheit ihrer Mitglieder besteht aus polnischen Industriearbeitern im rheinisch-westfälischen Industriebezirk; 2. der „polnische Gerwerkschaftsverband" (Sitz Posen), dessen nicht bedeutende Mitgliederschaft — angeblich 5000 — vorwiegend in den kleineren Städten sich befindet; 3. der „oberschlesische Verein christlicher Arbeiter zur gegenseitigen Hilfe" (Sitz Beuthen, Oberschlesien), dessen Mitglieder sich ausschließlich aus den Arbeitern der Oberschesischen Montanindustrie resultieren. Der „Verein" kann auch kaum als gewerkschaftliche Organisation angesehen werden, seine Leiter versuchen, ihn erst dazu umgestalten zu wollen. Die westfälische „Vereinigung", die stärkste polnische gewerkschaftliche Organisation, sucht seit Jahren ihren Wirkungskreis auf alle Industriestädte mit großen polnischen Arbeiterkolonien auszudehnen. (Hamburg, Bremen, Berlin usw.) sandte auch ihre Agitatoren nach den polnischen Landesteilen, nach Posen und Westpreußen. Hieraus entwickelten sich „Grenzstreitigkeiten" zwischen der Bochumer „Vereinigung" und dem „Posener „Verband", der von der polnischen kleinbürgerlichen Intelligenz als Mittel zur Eindämmung des Einflusses der modernen Arbeiterbewegung auf das polnische Proletariat vor Jahren gegründet wurde. Diesen „Grenzstreitigkeiten" (im territorialen Sinne) wurden seit einiger Zeit Einigungsbestrebungen entgegengestellt. Diese Bestrebungen die von den nationalpolnischen Politikern eingeleitet wurden, gingen aber vor allem davon aus, daß der Posener Verband nicht recht lebensfähig war. In den Posener Städten kommen für die Gewerkschaftsbewegung vor allem die Bau- und Holzarbeiter in Betracht und auf diese gewann die leistungsfähige und zentralisierte moderne Gewerkschaftsbewegung immer größeren Einfluß. Darob in national-polnischen Kreisen das Bestreben, durch die Vereinigung mit der westfälischen Organisation auch eine Zentralisation, eine größere, gemeinsame Macht zustande zu bringen. Die Einigung ist nun zustande gekommen. Eine Versammlung der beiderseitigen Delegierten hat nachstehende Leitsätze angenommen:

a) Der Name bleibt: Polnische Berufsvereinigung, Sitz Bochum;
b) Die Statuten der Vereinigung, die auf der nächsten Generalversammlung durchgesehen und nach den neuen Bedingungen verbessert werden, verpflichten auch die bisherigen Mitglieder des Posener Verbandes;
c) Bis dahin gelten die bisherigen Statuten der beiden Verbände;
d) Ein Mitglied des Posener Verbandes tritt in die Zentralleitung der Vereinigung ein, bestätigt durch die Generalversammlung;
e) Das Organ des Posener Verbandes „Sila" wird vom 1. Januar 1909 nicht mehr erscheinen;
f) Das Organ der „Vereinigung" wird vom 1. Januar 1909 ab den Namen „Sila" führen.

In anderen Worten: Der posener Verband geht in der westfälischen Vereinigung vollständig auf. Der oberschlesische Verein zu gegenseitiger Hilfe wird von der Vereinigung nicht berührt. Unter den deutschen Parteigenossen herrschen vielfach falsche Auffassungen über das Wesen der westfälischen Vereinigung. Die deutschen Genossen wissen oft nicht, daß diese Vereinigung die ausgesprochene Tendenz verfolgt, die Sozialdemokratie und die moderne Gewerkschaftsbewegung in heftigster, schnödester Weise — nach dem Muster der München-Gladbacher — zu bekämpfen. Erst letzthin wurde der Zeitung der „Vereinigung" ein Anhang über den Titel „Warum kann der Pole kein Sozialdemokrat sein" beigegeben.

Es ist dringend nötig, in allen in Frage kommenden Bezirken für die Agitation unter den polnischen Arbeitermassen mehr als bisher zu tun.

Arbeitslosenstatistik. Das Gewerkschaftskartell Bielefeld hat angesichts der hier immer stärker auftretenden Arbeitslosigkeit am 12. September eine Zählung der zurzeit arbeitslosen, tagweise feiernden oder kranken Arbeiter und Arbeiterinnen vorgenommen. Von 34 dem Gewerkschaftskartell angeschlossenen Gewerkschaften berichteten 32 mit 12 528 Mitgliedern (11 352 männlich und 1176 weibliche Es wurden gezählt Arbeitslose: 597 männliche und weibliche, zusammen 599 Mitglieder. Feiernde: 3 männliche und 89 weibliche, zusammen 403 Mitglieder Kranke: 212 männliche und 14 weibliche, zusammen 22 Mitglieder, Summa 1228 beschäftigungslose bezw. feiernd Mitglieder. Das sind fast 10 Proz. der organisierten Arbeiter Bielefelds.

Unternehmerterrorismus. Der Zentralverband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands ist bei dem Unternehmertum der Glasindustrie, das zu den bestorganisiertesten gehört, nicht gut angeschrieben. Anderen Unternehmern ist es in der Bekämpfung der Organisation um nichts nach. Ganz besonders erachten die Unternehmer die gegenwärtige Krise für die günstigste Gelegenheit, wo sie der Organisation eine Schlappe beibringen können. Dem rücksichtslosen Vorgehen der Unternehmer des Südens und Westens gegen die organisierten Glasmacher, das in Maßregelungen und Aussperrungen besteht, hat sich nun auch die Direktion der Glashütten von Gertraudenhütte und Usch zweier Städte, die im Posenschen liegen, angeschlossen. Schon immer war ihr die Organisation ein Dorn im Auge. Kein Mittel war ihr zur Schwächung der Organisation zu schlecht. Maßregelungen, Räumung der von den Hütten gestellten Wohnräume und viele andere Schikanen sind bisher an der Tagesordnung gewesen. Trotz alledem gelang es ihr aber nicht, die Organisation zu vernichten. Jetzt hat die Direktion der beiden Hütten aber zu einem der verwerflichsten Mittel gegriffen, um der Organisation den Garaus zu machen. Das „Schneidemühler Tageblatt" bringt aus Usch folgende Notiz: „Den hiesigen — Usch — Glasmachern und denen in Gertraudenhütte, die dem sozialdemokratischen Glasmacherverbande angehören, war von der Direktion mit Kündigung gedroht worden, wenn sie nicht aus dem Verbande ausscheiden. Dieselben haben daher beschlossen, aus dem Verbande auszutreten und einen neuen Verein zu gründen." Leute, die sonst über den „Terrorismus der Arbeiter" den Mund vollnehmen, werden das Vorgehen der Glasgewaltigen, trotzdem es ein Attentat auf das Koalitionsrecht ist und gegen die Gewerbeordnung verstößt, ganz in der Ordnung finden.

Scharfmachergelüste. Vor einigen Tagen verlangte die „Post" mehr Ruhe in der Sozialpolitik, mit der Motivierung, „daß es unklug wäre, in einer Zeit, in der so bedeutende Anforderungen an den Säckel der Steuerzahler gestellt werden wie in den kommenden Jahren, mit neuen kostspieligen sozialpolitischen Vorschlägen und Projekten hervorzutreten." Dieses Verlangen ist der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" aber viel zu zahm. Dieses Organ der industriellen Scharfmacher begnügt sich nicht mit einem Stillstand in dem, was man bisher in Deutschland Sozialreform nannte, sondern fordert ein Zurückschrauben der Ausgaben für die Arbeiterversicherung und gleichzeitig eine Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter. Um mit seinen Anregungen an den maßgebenden Stellen Eindruck zu machen, verfällt sie gleich der ihr geistesverwandten „Post" auf den Trick, den Reichsdalles als Ausgangspunkt zu nehmen. Hören wir das edle Organ selbst. Nachdem sich der Artikelschreiber an den Verhandlungen des Alldeutschen Verbands berauscht hat, bei denen das Wort gefallen ist: Markgraf werde hart!, fährt er fort:

Dieses Hartwerden aber scheint nicht nur in jener einen Frage, sondern auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens „die Forderung des Tages zu sein." Fest zugegriffen! Braucht das Reich Geld, so muß es geschafft werden, auch wenn hier und da ein kleines Interessenatomchen verletzt wird. Und brauchen wir noch größere Mittel, um unsre Weltstellung zu behaupten, so werden wir eben unsre Luxusausgaben, unsre unproduktiven Aufwendungen ein wenig einschränken, und werden anderseits dazu übergehen müssen, wieder ein bißchen mehr zu arbeiten. Mit der Cacanny-Politik und mit Lohnsätzen, die den Arbeitervereinen die Aufsammlung eines nach Millionen zählenden Kriegsschatzes ermöglichen, mit einer weiteren Forcierung der Pensionierungs- und Rentensucht können wir freilich einmal dahin kommen, daß die Finanzen des Reichs wie der Einzelstaaten ein derbes, nicht so schnell zu stopfendes Loch zu erhalten.

Das heißt mit anderen Worten: Die Herren Unternehmer sind immer bereit, dem Klassenstaat die Mittel für Heer und Marine zu bewilligen, denn die Panzerplattenpatrioten und Kanonenkönige haben ja von diesen „produktiven" Ausgaben einen nicht geringen Vorteil. Sie haben auch gar nichts dagegen, wenn dabei kleine „Interessenatomchen" verletzt werden, vorausgesetzt natürlich, daß das nicht ihre Interessen sind, und verlangen als Gegenleistung,

---

„Adieu, Luise," sagte Hohburg mit freundlicher Stimme, indem er ihr zum erstenmal voll ins Auge sah und ihr die Hand drückte, „hoffentlich siehst Du mich als neuen Menschen wieder."

„Das gebe Gott!" sagte die Frau mit einem recht aus tiefster Brust heraufgeholten Seufzer, und lange noch stand sie in der Tür und sah der die Straße hinabwandernden Gestalt des Gatten nach, bis ihn eine Biegung derselben ihren Blicken entzog.

Eine volle Stunde verging so. Lieschen war jetzt munter geworden und frug nach dem Vater, und die Mutter hatte ihr gesagt, daß er fortgegangen sei, Brot für sie zu holen.

Des Kindes Augen leuchteten bei den Worten.

„Siehst Du, Mama," rief sie, zur Mutter springend und ihre kleinen Ärmchen um deren Nacken legend, „siehst Du, da ist der Vater doch brav und hat Wort gehalten, was er uns versprochen, als er fortging, er wollte Brot für uns zurückbringen."

„Ja, mein Kind," sagte die Mutter, aber ein eigenes, fast unerklärliches Weh zog ihr dabei das Herz zusammen. Tat ihr die Täuschung weh, in der das Kind den Vater für besser hielt, als er wirklich war?

„Da kommt Papa zurück," rief die Kleine plötzlich, die vor die Tür gesprungen war, nach dem Vater auszuschauen. Rasch war ihr die Mutter gefolgt, aber ein einziger Blick, den sie die Straße hinabwarf, zeigte ihr, daß es nicht der Erwartete, sondern ein Fremder sei.

„Noch nicht, Lieschen," sagte sie freundlich, „er könnte jetzt auch noch nicht wieder zurück sein, denn der Weg ist weit, und der arme Papa ist noch schwach und krank vom langen marschieren."

„Und darf ich ihm entgegen gehen und tragen, was er uns bringt?" frug die Kleine,

„Warte noch, mein Kind," beruhigte sie die Mutter, wenn wir ihn kommen sehen, wollen wir ihm beide entgegen gehen."

Die Frau zog sich dabei, als der Wanderer näher kam, in das Haus zurück, um ihn vorbei zu lassen. Dieser aber blieb, unfern der Tür, mitten auf der Straße stehen, und es war fast, als ob er hier in der Gegend irgend etwas suche. Wieder und wieder fielen seine Blicke dabei auf das kleine Haus, bis er endlich zu einem festen Entschluß zu kommen schien und mit raschen Schritten auf die nur angelehnte Haustür zuging.

Die Frau, die jedenfalls im Anfang glaubte, daß es irgend ein Fremder sei, der seinen Weg zwischen den zahlreichen Fenzen und Büschen versehen habe und die wahre Richtung erfragen wolle, trat ihm bis zur Tüt entgegen, errötete aber leicht, als sie den Herrn erkannte, den sie an jenem Tage bei Lischkes gesehen und der ihr mit seiner Frage nach ihrem Namen wieder so viele trübe Bilder wachgerufen in ihrer Seele.

„So bin ich doch recht gegangen," sagte aber der Fremde, den sie nur unter dem Namen Doktor Schreiber kannte. „Ich glaubte schon, ich hätte mich verirrt. Seien Sie mir herzlich gegrüßt, Frau Hohburg?"

„Und haben Sie mich gesucht?" frug die Frau, indem ein höheres Rot ihre Schläfe färbte, und ganz vergessend, die Begrüßung zu erwidern.

„Ja," sagte Mac Donald, indem er ihr offen und frei ins Auge schaute. „Teilweise allerdings in meines freundlichen Wirtes Auftrag, der fast fürchtete, es könne Ihnen etwas zugestoßen sein, weil Sie die vielen Tage nichts von sich hören ließen: dann aber auch, warum soll ichs leugnen, auf meinen eigenen Antrieb. Sie werden mir nicht zürnen, wenn ich Sie versichere, daß nicht etwa Neugier, sondern ein edleres Gefühl die Ursache ist. Und trotzdem nahe ich mit einer Frage, die Ihnen vielleicht zudringlich erschrinen könnte."

„Ich begreife nicht —" stammelte die Frau.

„Je mehr ich Sie ansehe," unterbrach sie aber Mac Donald, dessen Blick indessen, wenn auch achtungsvoll, doch mit Aufmerksamkeit auf den Zügen der vor ihm Stehenden geruht, „desto mehr zwingt sich mir die Überzeugung auf, daß ein wunderliches Geschick hier in dem fernen Erdteil zwei Menschen zusammengeführt hat, deren Lebensfäden im alten Vaterland einmal bestimmt schienen, friedlich und freundlich miteinander durchs Leben zu wandeln. Sie stammen nicht aus Thüringen!"

Alles Blut verließ die Wangen der Frau, aber sie erwiderte kein Wort, und Mac Donald fuhr nach kurzer Pause freundlich fort:

„Erlauben Sie mir, daß ich mich hier vor dem Hause eine kurze Zeit zu Ihnen setzen darf? Die Bank hier bietet Schatten genug, und ich bin vielleicht imstande, Ihnen mit wenigen Worten aus meiner eigenen Lebensgeschichte Aufschluß über meine jetzige anscheinende Zudringlichkeit zu geben. Wollen Sie mich hören?"

„Reden Sie," sagte die Frau mit kaum hörbarer, zitternder Stimme, indem sie ihr Kind an sich zog und sich mit ihm auf die Bank niederließ, auf deren anderem Ende Mac Donald Platz nahm.

Dieser sah ihr wohl eine Minute lang still und ernst ins Auge, dann aber sagte er plötzlich und bestimmt:

„Nein, ich irre mich nicht, ich kann mich nicht irren, Sie sind Eduard Hohburgs Frau, mein eigener Name aber ist Mac Donald."

„Großer Gott!" rief die Frau und fuhr erschreckt von ihrem Sitz empor, aber nicht der Bewegung des Fremden bedurfte es, sie zurückzuhalten. Wie von Schreck gelähmt, sank sie wieder auf ihren Platz und barg das Antlitz an dem Haupte des Kindes.

„Ich hatte mich nicht geirrt," sagte Mac Donald leise. „Der Name weckt nur zu wohl alte Erinnerungen in Ihnen, Erinnerungen vielleicht, die sich mit Abscheu an den Mann knüpfen, der jetzt an Ihrer Seite sitzt und sich doch, trotzdem daß die Welt ihren Stab über ihn gebrochen, keiner bösen, keiner schlechten Tat bewußt ist. Mehr aber noch drängt es mich jetzt, mein Herz gegen Sie auszuschütten. Sie ahnen nicht, was das heißt, keinen Menschen zu haben, dem man sein Leid klagen, von dem man verstanden werden kann. Sie wissen nicht, wie dem Unglücklichen zumute ist, der allein und freundlos, hinausgestoßen im Jammer und Elend, Schmach und Schande auf sein Haupt gehäuft sieht, und keine Brust hat, die seinen Kummer teilt, kein Wort des Trostes von freundlichen Lippen erwarten kann, um ihn aufzurichten, ihn zu halten."

„Weiß ich das nicht?" stöhnte die Frau mit leiser, kaum hörbarer Stimme.

Mac Donald sah überrascht zu ihr auf.

„So wär' es wahr," sagte er mit langsamer, mitleidiger Stimme, „was mir Lischke von Ihrem Mann erzählte, und Ihre ganze Umgebung hier, die Arbeit, zu der Sie gezwungen sind —"

„Fahren Sie fort," bat aber die Frau, indem sie rasch und abwehrend die Hand gegen ihn ausstreckte, „die Worte, die Sie vielleicht von mir gehört, enthalten keine Klage."

(Fortsetzung folgt.)

daß sie der Staat vor der „Rentensucht" der Arbeiter schütze und ihnen die „unproduktiven" Ausgaben, die paar Bettelpfennige, die sie von dem aus den Arbeitern herausgequetschten Mehrwert für die Arbeiterversicherung aufwenden müssen, abschüttelt. Und nun die „Begründung". Der Soldschreiber des Kapitals hat eine von einigen österreichischen Professoren aufgenommene Statistik aufgestöbert und gefunden, daß die Sterblichkeit bei den pensionierten Beamten und den Arbeiterrentnern eine enorme Höhe erreicht hat. Das veranlaßt ihn nun zu dieser Schlußfolgerung:

Das zeigt die schweren Bedenken, die sich einer, durch falsche Humanität bedingten Arbeitsverkürzung entgegenstellen. Arbeit macht eben nicht nur das Leben süß, sondern sie ist eine der wichtigsten Lebensbedingungen, die niemand ungestraft vernachlässigt!

Es wäre verfehlt, diesen Erguß lediglich der Borniertheit des Artikelschreibers aufs Konto zu setzen, denn so dumm sind die Unternehmer nicht, daß sie nicht auch wüßten, daß die Sterblichkeit in diesen Schichten deshalb so groß ist, weil die Fürsorge für die Opfer des Kapitalismus so unzulänglich ist, daß es die Versicherten vorziehen, sich so lange wie möglich hinzuschleppen und erst halb zu Tode zu rackern, ehe sie sich in den Genuß einer „Faulenzerrente" setzen. Merkwürdig ist, daß die Unternehmer, die doch so sehr von ihrer Wichtigkeit für die Gesellschaft überzeugt sind, das am Schlusse empfohlene Rezept nicht benutzen, und sich durch Gebrauch des Lebenselixiers Arbeit ihr Leben verlängern und versüßen, sondern es vorziehen, andere für sich arbeiten zu lassen. Jedenfalls ist es nur ihrer „Aufopferung für das Wohl der arbeitenden Klasse" zu danken, daß sie die wichtige Lebensbedingung ungestraft vernachlässigen. Das ganze Geschreibsel zeigt, wohin die Pläne der Scharfmacher gehen, und daß dieser Gesellschaft kein Mittel zu schäbig ist, ihren Profitinteressen Geltung zu verschaffen.

Der Polizeistreich gegen die Breslauer Jugendorganisation mißglückt. Der Breslauer Jugendgerichtshof hat nunmehr gegen zehn gegenwärtige und frühere Vorstandsmitglieder verhandelt, die von der Polizei mit Strafmandaten bedacht worden waren. Die Jugendorganisation sollte angeblich politische Zwecke verfolgen und sollten sich die Angeklagten deshalb einer Übertretung des Vereinsgesetzes insofern schuldig gemacht, als sie Personen unter 18 Jahren Aufnahme gewährten und zum Teil selbst das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten. Die polizeilichen Behauptungen wurden aber durch die Beweisaufnahme in keiner Weise bestätigt. Die überwachenden Beamten mußten selbst zugeben, daß der Verein in der Hauptsache nur reine Bildungszwecke verfolge. Die Angeklagten wurden deshalb freigesprochen.

Ein Preßprozeß gegen den Redakteur des Halleschen Parteiorgans, Genossen Ernst Däumig, beschäftigte das Schöffengericht in Weißenfels. Als Kläger trat der frühere Redakteur Christian Lechner von der Hirsch-Dunckerschen „Mitteldeutschen Volksztg." auf, der sich durch einen im „Volksblatt" veröffentlichten Artikel beleidigt fühlte. Lechner, der früher bei jeder Gelegenheit die Sozialdemokratie beschimpfte, hatte mit seinem ehemaligen Verleger einen Prozeß vor dem Gewerbegericht, bei dem er sehr schlecht abschnitt. In diesem Bericht wurde nach den Angaben im Gewerbegericht Kritik geübt. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß die kritischen Äußerungen in der Verhandlung des Gewerbegerichts gefallen sind, erachtete aber eine formale Beleidigung als vorliegend und verurteilte den Genossen Däumig zu einer Geldstrafe von 100 Mk.

Warnung! Alle Parteigenossen resp. Vorstände von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen werden vor einem Reisenden gewarnt, der unter Vorspiegelung falscher Tatsachen große Posten Bleistifte und Federn verkauft. Der Betreffende gibt an, Redakteur an der Frankfurter „Volksstimme" gewesen zu sein, wo er infolge Nervenschwäche und heftigen Zitterns der rechten Hand seine Tätigkeit aufgeben mußte. Ferner bekäme er eine Pension von monatlich 60 Mark aus der Parteikasse und soll vom Parteivorstand aufgefordert worden sein, mit genannter Ware sich an die Organisationsleiter zu wenden. Außerdem hat er ein Empfehlungsschreiben von der Frankfurter „Volksstimme" und Papiere, die mit zirka 100 Stempeln verschiedener Organisationen und auch dem des Parteivorstandes versehen sind. Nach eingezogener Erkundigung bei der Frankfurter „Volksstimme" ist daselbst noch nie ein Redakteur wegen Krankheit entlassen worden und ist daher dieser Reisende nur ein Schwindler.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 21. September 1908.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6,20 Uhr. Zunächst werden nachfolgende Wahlen vorgenommen: I. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsdekrets vom 8. Juli 1908, betreffend Legitimationsgebühr von 25 Pfg. für eine Radfahrkarte. Gewählt wurden Dr. v. Brocken, Dr. Meyer, Dr. Lienau, Köhn und Fehling. II. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsdekrets vom 15. Juli 1908, betr. die Auslegung des Nachtrages zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Beamten. Gewählt wurden: Brecht, Dr. Meyer, Stender, Schulmerich, Schneider. III. Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsdekrets vom 6. Juni 1908 in bezug auf die von Dr. Ziehl und Genossen beantragte Einführung einer zweiten Lesung. Gewählt wurden Dr. Görtz, Dr. Ziehl, Prof. Baethcke, Konsul Dimpker, Th. Schwartz.

Zur Beratung gelangt sodann der Senatsantrag betr. Erlaß eines Gesetzes betreffend den Staatshaushalt.

Jenne vermißt in dem Gesetz die Bestimmung, wann dasselbe in Kraft treten soll. Redner beantragt, daß das Gesetz am 1. April n. Js. in Kraft tritt.

Prof. Baethcke hält die vorgeschlagenen Maßnahmen für praktisch, doch glaubt er, daß wir damit nicht weiter kommen werden, wenn in der Praxis nicht anders verfahren wird als bisher. Das System der Nachbewilligungen, wie es jetzt besteht, muß geändert werden in der Weise, daß die Behörden sofort, wenn sie sehen, daß sie mit ihren Mitteln nicht auskommen, Nachforderungen stellen und nicht erst dann, wenn die Ausgaben bereits gemacht sind. Redner weist dann darauf hin, daß das geplante Einkommensteuergesetz höhere Sätze als bisher enthält. Hier muß mit der größten Vorsicht vorgegangen werden, damit nicht der Zuzug wohlhabender Leute von auswärts unterbleibt.

Senator Eschenburg: Im letzten Punkt stimme ich mit dem Vorredner durchaus überein. Die Behörden werden nach Möglichkeit auch dem Wunsche des Professors Baethcke betreffs der Nachbewilligungen entsprechen.

Klein kritisiert ebenfalls die hohen Nachbewilligungen.

Senator Eschenburg: Man könnte die Nachbewilligungen wohl zum Teil vermeiden, indem man den Behörden reichlichere Mittel für ihre Zwecke zur Verfügung stellt. Ob dadurch aber eine größere Sparsamkeit herbeigeführt wird, möchte ich doch bezweifeln.

Prof. Baethke vertritt noch einmal seinen Standpunkt bezüglich der Nachbewilligungen. Die Behörden sollten zuerst Respekt vor dem Budget haben.

Senator Dr. Fehling: Durch die Erörterungen werden die Behörden dazu bewogen werden, mehr zu fordern als bisher. Namentlich bei Bauten läßt sich das Verfahren nicht durchführen, das Professor Baethke wünscht.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen; ebenso der Antrag Jenne.

Der zweite Senatsantrag betrifft die Ermittelung des Nutzungswertes der Grundstücke und Gebäude in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten.

Hauptlehrer Schulmerich: Die Kommission hat eingesehen, daß die Besteuerung der Grundstücke nicht nach dem Nutzungswerte, sondern nach dem gemeinen Wert die richtigere ist. Der Ertrag der Steuer würde ein höherer sein, als er nach dem Antrage des Senates ist, da dann auch die unbebauten Grundstücke versteuert werden müssen. Aber auch aus Gründen der Gerechtigkeit ist die Besteuerung nach dem gemeinen Wert zu bevorzugen, da bei der Besteuerung nach dem Nutzungswert gerade die kleineren Eigentümer schwerer belastet werden, als die leistungsfähigeren. Eine Umfrage bei Hausbesitzern hat auch keine erheblichen Bedenken gegen die Besteuerung nach dem gemeinen Wert zutage gefördert. Daß die Existenz der Gärtner durch diese Besteuerung untergraben wird, ist nicht der Fall. Hier lassen sich leicht Auswege schaffen. Die Kommission beantragt, die Bürgerschaft wolle den Senatsantrag ablehnen und ersucht den Senat, ihr einen Antrag, der die Einführung der Grund- und Gebäudesteuer nach dem gemeinen Wert vorsieht, vorzulegen.

Senator Eschenburg: Im Laufe der letzten fünf Jahre hat die Praxis sich für die Besteuerung nach dem gemeinen Wert entschieden; deshalb ist der gegenwärtige Standpunkt der Kommission auch dem Senate durchaus begreiflich.

Peters hält die Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert für ungerecht und lehnt sie auch aus ethischen Gründen ab. Als Folge derselben werden viele größere Gärten verschwinden.

Stender: Hamburg lehnt grundsätzlich die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert ab; Bremen hat die beschlossene Grundsteuer bald wieder aufgehoben. Man soll auch den Handel mit Grundstücken nicht beschränken. Steuern dürfen nicht einzelnen auferlegt werden, sondern der Gesamtheit. Das Bestreben, die alten Bauwerke zu erhalten, wird durch diese Besteuerung sicherlich nicht gefördert. Redner empfiehlt die Ablehnung des Ersuchens der Kommission.

Prof. Baethcke erachtet eine Änderung der alten Grund- und Gebäudesteuer nicht für notwendig. Dennoch will er nach den Ausführungen des Senatskommissars seine Bedenken vorläufig zurückstellen.

Der Senatsantrag wird einstimmig abgelehnt; das Ersuchen der Kommission angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft den Ankauf des Gutes Schönböcken durch das Heiligen Geist-Hospital.

A. Pape kann den Kauf nicht recht günstig finden und wünscht eine Zuwegung der Anwohner der Moislinger Allee zum neuen Güterbahnhof.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Beim nächsten Senatsantrag betr. Verleihung der Pensionsberechtigung an den Hilfsbibliothekar Dr. Hach bemerkt

Wissell, daß die Annahme des Senatsantrages eine Selbstverständlichkeit sei. Er ersucht dringend um eine baldige Regelung der Anstellungsverhältnisse der Bibliothekare der Stadtbibliothek.

Der Senatsantrag wird angenommen, ebenso der Senatsantrag betr. Nachbewilligung von 20434,98 Mk. auf die Ausgaben der Oberschulbehörde im Rechnungsjahr 1907.

Der nächste Senatsantrag betrifft Nachbewilligung von 22809,26 Mk. auf die Ausgaben des Allgemeinen Krankenhauses im Rechnungsjahre 1907.

Effinger rügt die Art, wie die Kranken des Allgemeinen Krankenhauses rasiert worden sind und wünscht, daß die notwendigen hygienischen Sicherheitsmaßregeln dabei getroffen werden.

Dr. Hoffstädter gibt zu, daß durch Verschulden des Barbiers Fälle vorgekommen sind, wie der Vorredner sie geschildert hat. Es ist aber sofort für Abhilfe gesorgt worden.

Nach weiteren unerheblichen Bemerkungen von Gusmann, Wissell und zweier Senatskommissare wird die Vorlage angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Nachbewilligung von 7503,16 Mk. auf die Ausgaben der Friedhofsbehörde im Rechnungsjahre 1907.

Wissell hält es für ungerechtfertigt, daß die Behörde ihre Einnahmen für Ausgaben verwendet, ohne daß die Bürgerschaft sie dazu ermächtigt hat. Der Fehlbetrag sei nicht 7503,16 Mk., sondern er betrage in Wirklichkeit 39 000 Mark, von denen die Behörde über 30 000 Mk. aus ihren Einnahmen gedeckt hat. Diese Frage ist so wichtig, daß ich die Verweisung der Vorlage an eine Kommission beantrage.

Senator Dr. Vermehren: Die Behörde ist allerdings so verfahren, wie der Vorredner ausgeführt hat; in Zukunft wird das nicht mehr geschehen.

Buchwald hält das Verfahren der Friedhofsbehörde in dieser Sache für eine Verschleierung des Tatbestandes.

Senator Dr. Vermehren weist es zurück, daß eine Verschleierung erfolgt sei.

Freitag verteidigt das Verfahren der Friedhofsbehörde.

Wissell bleibt dabei, daß die Friedhofsbehörde nicht richtig verfahren ist.

Senator Dr. Fehling tritt für das Vorgehen der Friedhofsbehörde ein.

An der weiteren Debatte beteiligen sich Professor Baethcke, Buchwald, Gusmann, Dr. Benda, Dr. Ziehl, Wissell.

Thiele fragt nach dem Stand des Krematoriumbaues.

Senator Eschenburg erwidert darauf, bleibt aber unverständlich.

A. Pape: Wenn jetzt der Feuerbestattungs-Verein zu den Kosten des Krematoriums herangezogen werden soll, so ist das für unsern Finanzminister ja eine schöne Sache; die Konsequenzen wären aber die, daß auch zum Bau der Schwimmhalle der Schwimmverein herangezogen wird.

Senator Eschenburg: Zwischen einem Krematorium und einer Schwimmhalle besteht doch ein großer Unterschied. Verbrennen läßt sich jeder doch nur einmal. (Große Heiterkeit.)

Lippert bittet Wissell, seinen Antrag zurückzuziehen, da die Sache geklärt sei.

Wissell: Eine genügende Klärung ist noch nicht erfolgt. Man soll sich alle Konsequenzen vor Augen führen.

Dr. Wichmann meint, daß sich das Krematorium doch rentieren wird. Eigentlich ist es Aufgabe der Gemeinde, derartig gemeinnützige Anstalten zu errichten, ohne Heranziehung der Vereine.

Nach einigen weiteren Bemerkungen gelangt der Senatsantrag zur Annahme, nachdem Wissell seinen Antrag auf Kommissionsberatung zurückgezogen hat.

Zur Beratung gelangt der Senatsantrag betr. Aufhebung der Freischulen und Staffelung des Schulgeldes nach der Einkommensteuer.

Lippert beantragt die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts.

Lippert: Das Bedenklichste an der ganzen Vorlage ist, daß der Senat die Schulfrage zu einer Finanzfrage machen will. Früher diente die Schulgeldeinnahme zum Unterhalt der Lehrer. Damals wurde das Schulgeld nach dem Alter der Schüler gestaffelt. Bereits im Jahre 1883 beantragte Dr. Benda die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, dafür aber beschlossen, neben Zahlschulen noch Freischulen zu schaffen, in die jedermann seine Kinder schicken konnte. Durch die gegenwärtige Vorlage, welche die Aufhebung der Freischulen verlangt, werden gerade die minderbemittelten Bevölkerungsschichten getroffen. Es ist ja richtig, daß auch nach der vorliegenden Senatsvorlage unbemittelte Eltern um Befreiung vom Schulgeld einkommen können. Jetzt hat jedoch jeder das Recht, ohne den Nachweis der Bedürftigkeit seine Kinder in die Freischule zu schicken. Für die Begründung meines Antrages sind längere Ausführungen wohl nicht notwendig. Zahlreiche Städte haben bereits Schulgeldfreiheit eingeführt. Der Staat hat den Schulzwang beschlossen, er hat weiter ein erhebliches Interesse daran, daß seine Angehörigen eine gute Volksschulbildung genießen. Darum ist es nur gerecht, wenn der Unterricht in den Volksschulen unentgeltlich erteilt wird.

Oldenburg verteidigt in längeren Ausführungen folgenden von ihm gestellten Antrag: Den in der Stadt und den Vorstädten wohnenden schulpflichtigen Kindern ist der Unterricht in den städtischen Volksschulen unentgeltlich zu erteilen. Die Oberschulbehörde bestimmt die Schulen, wie sie von den Schülern zu besuchen sind. 3. Die Bürgerschaft wolle den Senat um eine Vorlage ersuchen, wonach die laufenden Ausgaben für die städtischen Volksschulen durch eine allgemeine den Sätzen der Einkommensteuer entsprechende Schulsteuer in der Stadt und den Vorstädten aufzubringen sind. Dieser Antrag sei der einzig gangbare Weg.

Prof. Dr. Baethcke: Der etwaige Grund, daß seit 20 Jahren kein Schulgeld gezahlt worden ist, ist nicht durchschlagend als Beweis dafür, daß jetzt die Freischulen aufgehoben werden müssen. Man kann ja wünschen, daß nicht nur die Volksschulen, sondern daß auch die höheren Schulen unentgeltlich sind, ferner sogar, daß die Beerdigungen usw. unentgeltlich vorgenommen werden; dabei ist aber zu berücksichtigen, ob der Staat das auch leisten kann. Wenn man ein liberales Programm aufstellt, so ist es ja selbstverständlich, daß man die Forderung der Schulgeldfreiheit erhebt. Etwas anderes ist es jedoch, ob sich diese Forderung gegenwärtig durchführen läßt. Zurzeit haben wir nicht die Mittel, um dem Antrage Lippert entsprechen zu können. Solange wir noch Schulgeld erheben, ist es nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, wie und von wem das Schulgeld erhoben wird. Die Senatsvorlage trifft nach meiner Ansicht das Richtige. 8 Mk. Schulgeld für die unterste Einkommensteuer ist nicht zu viel. Ich gebe zu, daß es nicht erfreulich ist, wenn Leute, die bisher kein Schulgeld zahlen mußten, zur Entrichtung des Schulgeldes herangezogen werden. Die Vorlage entspricht einem Wunsche der Bürgerschaft, der an den Senat gerichtet worden ist. Ich will bemerken, daß sich sämtliche Lübecker Hauptlehrer bis auf zwei für die Aufhebung der Freischulen ausgesprochen haben.

Senator Eschenburg: Der Senat steht auf dem Standpunkt des Herrn Professors Baethcke, daß der Staat sich keine Einnahmequelle entgehen lassen soll, um das Budget zum Stimmen zu bringen.

Oberlehrer Eckermann: Die Entwickelung geht sowohl in Deutschland wie im Auslande dahin, das Schulgeld möglichst zu beschränken oder ganz aufzuheben. Mit dem heutigen Senatsantrag wird ein Schritt nach rückwärts getan. Der gegenwärtige Zustand der Frei- und Zahlschulen ist kein glücklicher; ich werde aber für die Beibehaltung desselben stimmen, wenn der Antrag Lippert abgelehnt werden sollte.

Die Verhandlungen über die Aufhebung des Schulgeldes werden hier unterbrochen, um die Beratung der Vorlage betr. Erlaß eines dritten Nachtrages zur Notariatsordnung vorzunehmen.

Mit einigen von Dr. v. Brocken beantragten Änderungen wird der Antrag angenommen.

Darauf wird die Sitzung auf Montag, den 12. Oktober, vertagt.

Schluß 9¼ Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Zwei Urteile. Wer noch nicht davon überzeugt ist, daß es in Deutschland keine Klassenjustiz gibt, vergleiche nachfolgende zwei Urteile. Unser Parteiorgan für Mühlhausen-Langensalza brachte gestern folgenden Gerichtsbericht: Das Amüsement der „goldenen" Jugend. In einer der letzen Strafkammersitzungen wurde in einer vier Stunden dauernden Verhandlung der berühmte „Fall Etzel" in allen Einzelheiten aufgerollt. Die Verhandlung hat aufgedeckt, wie die lebenslustigen Kreise es vermöge ihres Geldbeutels verstehen, unverdorbene Töchter des Volkes ihren Lüsten gefügig zu machen. Es sind 14 Zeugen zur Stelle, meist junge Mädchen und junge Angehörige der hiesigen sogenannten „besten Kreise". Der Angeklagte, frühere Kavallerieleutnant Gustav Etzel gibt an, 1877 geboren zu sein und in Paris zu wohnen. Ihm legt die Anklage Vergehen gegen § 180 St.-G.-B. zur Last, wonach er gewohnheitsmäßig der Unzucht Vorschub geleistet haben soll (Kuppelei). Der Gerichtshof beschließt, die Öffentlichkeit auszuschließen und nur die Vertreter der Presse zuzulassen. Ein Verteidiger beantragt die Ladung von zwölf weiteren Zeugen, meist Fabrikanten und Gutsbesitzer, die bekunden sollen, daß im Hause des Angeklagten zwar junge Mädchen bemerkt, aber nichts Unzüchtiges wahrgenommen haben. Der Gerichtshof beschließt zunächst Zurückstellung dieses Antrages. Der Angeklagte bekundet bei seiner Vernehmung: Er ist im September 1907 hierher gekommen und hat in der Wanfriederstraße eine Wohnung von vier Zimmern mit Zubehör bezogen. Seine Bedienung bestand aus einer Aufwärterin, einem Chauffeur und einem Diener. Er habe ein sehr gastfreies Haus geführt. Die jungen Herren, die ihn besuchten, habe er freigebig bewirtet. Von den jungen Herren seien auch häufig junge Mädchen mitgebracht worden, mit denen sie sich fidel unterhalten hätten; wobei der Angeklagte musizierte. Auf Befragen gibt er zu, daß den Mädchen dabei Bilder gezeigt worden seien, die jedoch nicht unzüchtig waren; es handle sich nur um pikante französische Witzblätter. Etzel betont, er habe die Mädchen jedoch nie selbst mitgebracht, dieses sei immer von den Herren geschehen. Bei einer Gelegenheit soll er in einem hiesigen Lokal gesagt haben, daß er nur anderen habe eine Freude machen wollen. In E.'s Wohnung mußten sich die Mädchen phantastische Kostüme anlegen, worauf dann gezecht und gesungen wurde. Dann und wann seien die Herren mit einem Mädchen auf kurze Zeit in einen Nebensalon gegangen; als sie zurückkehrten,

habe er ihnen nicht angemerkt, daß sie dort Geschlechtsverkehr getrieben hatten, denn sie waren gar nicht erregt. Er selbst versichert, die Mädchen nicht gebraucht zu haben, auch betont er, allen Herren verboten zu haben, in seiner Wohnung unzüchtige Dinge zu treiben. Er will bis zu seiner Verhaftung nicht gewußt haben, daß in seinem Tun etwas Strafbares sei, überhaupt habe er von den vielen Zusammenkünften nur Arbeit und Mühe gehabt. Der als erster Zeuge darauf vernommene Landwirt Ahlborn, der früher ein Restaurant im Hause hatte, will nur viel Herrenverkehr und niemals Mädchen bei dem Angeklagten bemerkt haben. Die 23jährige Ehefrau Bertha H. sagt aus, daß sie einmal vor sieben Jahren zur Kirmes in einem hiesigen Vergnügungsetablissement gewesen sei; dort sei sie von ihrer Freundin zu mehreren Herren geführt, mit denen Sekt getrunken wurde. Dann seien sie zusammen in Etzels Wohnung gegangen, wo sie weiter zechten. Daß mit ihr Unzucht getrieben, weiß sie sich nicht zu erinnern. Die jetzige Kellnerin Lina K., jetzt in Leipzig und zweiundzwanzig Jahre alt, wurde von Etzel vor sieben Jahren in einem Vergnügungsetablissement angesprochen und mit Sekt betrunken gemacht. Dann hat E. das Mädchen in seine Wohnung mitgenommen, weiter mit ihr getrunken, sie eingeschlossen und gebraucht. Sie habe den E. nie vorher gekannt, vielmehr habe ihr dieser wiederholt Briefe geschickt und sie eingeladen, die jedoch der Vater abfing. Derselbe hat die Tochter infolge der Etzelschen Briefe geschlagen; wegen der Verführung mußte das Mädchen dann Mühlhausen verlassen. Die Zeugin W. bekundet, daß sie gemeinschaftlich mit drei anderen Mädchen vier Herren im gleichen Lokal kennen lernte, wo sie tanzten und Wein tranken. Sie seien dann in Etzels Wohnung gegangen, wo sie sich phantastische Kleider anziehen mußten und weiter tranken. Dabei wurden die Mädchen von den anderen Herren in den Nebenräumen geschlechtlich gebraucht. In gleicher Weise ist es der Zeugin D. ergangen; als sie das leichte Kostüm nicht anziehen wollte, sagte der Angeklagte zu ihr: „Sei nicht so zimperlich, in Nizza wird es auch so gemacht!" Die Zeuginnen G. (15 Jahre) und W. (18 Jahre) wurden von dem Angeklagten und dem Brauereibesitzer Arthur Wehmar einmal nach dem Theater angesprochen und mit Etzels Automobil in dessen Wohnung gebracht. Dort seien dann im ganzen vier Herren gewesen, der Brauereibesitzer Wehmar, Etzel, Bankangestellter Heinrich und Rittergutsbesitzer v. Seebach. Während Etzel am Klavier die „Lustige Witwe" spielte, wurde im Nebenzimmer Geschlechtsverkehr getrieben. Die 15jährige Zeugin G. mußte sich einmal halb entblößen und ein bekanntes Bild imitieren. Zeuge Oberleutnant Adams will mit den Mädchen nicht verkehrt und auch nichts Unzüchtiges bemerkt haben. Zeuge Arthur Weymar ist ein langjähriger Freund Etzels und gibt zu, die Mädchen aus den Lokalen zu Etzel geführt zu haben. Ob er hier mit dem Mädchen Verkehr gehabt, will er sich nicht erinnern, da er sehr bezecht war. Einmal hat er bei Etzel mit einer Schauspielerin übernachtet, ein andermal mit der Zeugin W. Etzel will von diesen Übernachtungen nichts gewußt haben! Der Zeuge meint, daß es hier für junge Leute schwer falle, sich zu amüsieren, weil die Polizei zu sehr aufpasse. Schließlich bekunden noch die Zeugen Rittergutsbesitzer v. Seebach-Kammerforst, v. Goldacker-Weberstedt und Bankangestellter Heinrich, daß sie in Etzels Wohnung Zusammenkünfte mit Mädchen hatten, wobei es zum Geschlechtsverkehr kam. Alle Herren glaubten jedoch, daß sie allein dort sich so etwas erlauben durften. Zahnarzt Zorn will nichts Unzüchtiges bei E. bemerkt haben. Damit ist die Zeugenaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt betont, wenn die Herren Ehrenmänner gewesen wären, und Etzels Verbot ernst genommen hätten, so durften sie auch in dessen Wohnung keinen Geschlechtsverkehr treiben. Im übrigen sei Etzel gewiß so welterfahren, daß er sich hätte denken können, was im dunklen Nebenzimmer zwischen den jungen Leuten vorgehe. Er beantrage, ihn jedoch nur zu einer Woche Gefängnis zu verurteilen, weil die Wirkung einer selbst so niedrigen Strafe auf Angehörige besserer Kreise viel härter sei!! Nachdem die Verteidiger Freisprechung beantragten, verkündete das Gericht nach kurzer Beratung die — Freisprechung des Angeklagten; die Kosten seien der Staatskasse aufzuerlegen. In der Begründung wurde gesagt, daß bei Etzel zwar unzüchtige Handlungen vorgekommen seien, doch wäre nicht festgestellt, daß dieser davon gewußt habe!! Also der reiche Wüstling wird freigesprochen, trotzdem es erwiesen wurde, daß er und seine Freunde in seiner Wohnung Unzucht mit Mädchen getrieben haben, die zum Teil noch nicht das Schutzalter überschritten hatten. Es ist selbstverständlich, und ging auch aus der Gerichtsverhandlung deutlich hervor, daß der Herr Leutnant von dem Geschlechtsverkehr wußte, umsonst veranstaltete er die Orgien nicht und hielt dunkle Nebenzimmer zum Gebrauch der Pärchen bereit. Die Merkmale der Kuppelei liegen also klar zutage — trotzdem erfolgte die Freisprechung des sauberen Patrons. Aber noch mehr, es lagen auch schwere Sittlichkeitsverbrechen vor, da es sich größtenteils um unbescholtene Mädchen unter 16 Jahren handelte, und trotzdem Freisprechung! — Dagegen halte man ein anderes Urteil, von dem wir kürzlich berichteten, und das ein Landgericht im frommen Bayern fällte. Allerdings handelt es sich hier nicht um einen reichen Wüstling, sondern um arme Leute, die bittere Not zu dieser „Straftat" gezwungen hatte. Der Bericht lautete: Der Bergmann P. Bayer und seine Ehefrau wurden vom Landgericht in Bamberg wegen Kuppelei zu zwei und drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie den intimen Verkehr ihrer Tochter mit einem Schlafburschen nicht verhindert haben. Die Eheleute besitzen eine Wohnung mit einem Zimmer und einem Kämmerchen. In diesen Räumen stehen drei Betten, in die sich 15 Personen zu teilen haben: die Eheleute, zwölf Kinder und ein Schlafgänger. Unter solchen Umständen alle sittlichen Pflichten wahrzunehmen, mag für die in größter Not lebenden Eheleute sehr schwer sein. Die Verhandlung enthüllte geradezu schreckliches, unbeschreibliches Elend! Also zwei und drei Wochen Gefängnis für arme Teufel, die aus bitterer Not alle Räume vermieten mußten und nun ihren Kindern nicht die richtige Aufmerksamkeit zuwenden konnten. Oben Freisprechung eines reichen Wüstlings, der wahre Orgien in seinen Räumen veranstaltete und dem Geschlechtsverkehr in seinen Räumen allen nur möglichen Vorschub leistete. Und nun sage noch einer, daß in Preußen-Deutschland Klassenjustiz geübt wird. Derartiges können nur sozialdemokratische Nörgler behaupten.

Das Schreckensurteil der Klassenjustiz. Wie bereits gemeldet, sind die beiden Hauptschuldigen des Bombenattentats in Malmö zum Tode verurteilt worden, ein Mitschuldiger soll sein ganzes ferneres Leben bei Zwangsarbeit im Zuchthaus verbringen, zwei andere, die nur am Diebstahl des Dynamits beteiligt waren, sind zu sechs und zu zwei Monaten Zwangsarbeit verurteilt, während Natalie Malmström, die mit dem zum Tode verurteilten Rosberg in einer Gewissensehe lebte und um das geplante Attentat wußte, ohne es verhindern zu können, mit 100 Kronen Geldstrafe davonkam. Diese Strafe ist durch die Untersuchungshaft, die die übrigens hochschwangere Frau — eine arme Fabrikarbeiterin — ertragen mußte, für verbüßt erklärt worden. Die Strafurteile unterliegen ja noch der Revision der höheren Instanzen, und es ist jedenfalls noch nicht endgültig entschieden, ob die Hauptschuldigen ihre verwerfliche, aber in jugendlicher Verblendung und ehrlichem Fanatismus begangene Tat mit dem Leben büßen sollen. Durch ihre Bombe wurde bekanntlich einer der englischen Streikbrecher getötet, während sieben mit Verletzungen davon kamen, die geheilt sind, ohne irgendwelchen dauernden Schaden hinterlassen zu haben. Die Angeklagten haben wiederholt versichert, daß ihnen die Absicht, zu töten, fernlag; sie wollten den Streikbrechern eben nur einen nach ihrer Meinung heilsamen Schreck einjagen. Ihr Verteidiger beantragte immer von neuem, daß wenigstens die Hauptangeklagten auf ihre geistige und körperliche Gesundheit untersucht werden sollten, aber die Vertreter der herrschenden Klasse, die in Malmös Rathausgericht über arme, verblendete Proletarier abzuurteilen hatten, waren nicht dafür zu haben. Ja, wenn die Missetäter Leute aus ihrer Klasse gewesen wären, oder wenn die dreimal geheiligten ausländischen Streikbrecher streikende schwedische Arbeiter ermordet hätten, da wäre man sicherlich zu milderer Auffassung gekommen! Diese Klassenrichter hatten natürlich auch kein Verständnis dafür, daß die Angeklagten ihren Bombenanschlag als eine rettende und kühne Tat betrachteten, daß sie wie Brutus oder Tell, ihr „Vaterland", die organisierte, um ihre Existenz kämpfende schwedische Arbeiterschaft von den fremdländischen Streikbrechern, den Broträubern, befreien wollten, die, mit Revolvern bewaffnet, unter dem besonderen Schutz der schwedischen Obrigkeit, den Streikenden gegenüber eine Tyrannei sondergleichen ausübten. Die organisierte schwedische Arbeiterschaft hat den Bombenanschlag von Anfang an aufs schärfste verurteilt, als verbrecherische Tat, die auch der Arbeiterklasse nur schaden konnte. Die schwedische Sozialdemokratie hat noch auf ihrem letzten Parteitag die beiden Hauptmatadoren jener „jungsozialistischen" Richtung, der die Attentäter huldigten, endgültig aus ihren Reihen ausgeschlossen, nachdem sie jahrelang schon von der Parteimitgliedschaft suspendiert waren. Das Unternehmertum aber, die Bourgeoisie, ihre Behörden und ihre Regierung hätten dem Verbrechen vorbeugen können, wenn sie nicht das ausländische Streikbrechergesindel zur Knechtung der eigenen Arbeiterschaft ins Land geholt hätten, es den organisierten Arbeitern nicht unmöglich gemacht hätten, an diese Leute mit Worten der Aufklärung und Ermahnung heranzukommen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 13. bis 19. September 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

September. 7. Musiker J. O. L. H. Albrecht. Geschäftsführer H. H. Roßbach. 8. Maurer J. H. E. Oldörp. Eisenbahnwagenschieber H. F. K. Hochschildt. 9. Viehhändler M. J. Beth. Maler C. A. Heinsohn. 10. Schiffszimmermann P. L. Bygand. Landschaftsgärtner C. F. W. Grewe. Arbeiter W. M. C. Lorenz. 11. Arbeiter J. C. H. Svensson. Schneider J. H. M. Schulz. Arbeiter H. J. H. Wienk. 12. Zollaufseher W. R. Kutzner. Schneider J. H. H. Suhr. Kaufmann W. Chr. J. Elvers. Arbeiter F. H. J. W. Kohlhoff. 13. Maschinenbauer K. Schürmann. 14. Schuhmacher G. H. F. Ehlers. Arbeiter G. J. H. Suhl. Lehrer C. T. Hormann. Abeiter E. R. M. Malonn. Kaufmann K. F. Gabbert. 16. Maurer W. H. P. Burmeister. Kellner F. G. A. Bahr. 17. Schiffszimmermann J. H. A. Dehn.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

8. September. Architekt K. W. Schirmer. 9. Maschinenarbeiter J. J. H. Koop. Schneider R. M. J. Trost. Arbeiter J. J. Stamer. Gastwirt J. J. H. Kreutzfeldt. 10. Bäckermeister J. A. F. Dammann. Handlungsgehilfe P. F. K. Redin. Kutscher H. J. H. Bubert. 11. Former C. Sommer. Handlungsgehilfe F. J. W. Lübcke. 12. Zimmermann W. J. H. M. Chr. Schildt. Ober-Bahnhofsvorsteher J. C. Neuroth. 14. Arbeiter C. J. H. Burmeister. Postbote O. L. E. Krause. Arbeiter A. F. W. Wessel. Schiffszimmermann R. Th. N. Sager. Redakteur F. W. Th. Baare. Kaufmann F. L. W. Donatius. Arbeiter G. Rosengart. Kirchhofsgärtner Z. F. Berlin. 15. Arbeiter H. F. Steffens. Straßenbahnkontrolleur F. J. H. Wulff. Tischler H. J. F. Kaven. 16. Schmied H. J. Bahr. Güterbodenarbeiter W. J. H. Vitense. 17. Kaufmann M. K. W. Schiemann.

Angeordnete Aufgebote.

14. September. Arbeiter A. W. H. Bremer und C. C. M. Vierig in Hof Stove. Zimmermann J. G. Benecke und M. W. M. Köppen in Schragenberg. Weinarbeiter E. P. A. Schubert und A. M. E. Telschow in Pritter. Arbeiter A. E. Rieger in Brandenbaum und J. Ssuchansky. Schmied O. F. Bender und E. A. Bretzke. Arbeiter W. H. Chr. Schacht und D. M. F. Selck. Arbeiter P. F. A. Schleiß und E. Chr. Wulf in Horsdorf. 15. Zimmermann P. J. H. Ladehoff und E. M. M. Klüß, beide in Curau. Schlosser C. F. L. A. Rudolph und F. C. W. Urbaneck in Neubauhof. Arbeiter R. F. K. Frahm und E. D. M. Scheel in Schönböcken. Goldschmied Chr. C. F. Schmüse in Hamburg und A. B. M. Lehmann. Bureaugehilfe H. H. H. Külls und K. A. L. Schmidt. Arbeiter H. F. F. Knorr und B. L. S. Niemann. Arbeiter J. C. M. Stadtländer und J. D. W. Hümöller. Drechsler F. Chr. F. A. L. Nevermann und M. L. F. Schröder. Arbeiter C. W. Th. Witt und M. E. J. S. Schroeder, beide in Rostock. Tischlergeselle H. W. F. Korth in Hamburg und L. M. D. Kempcke. Arbeiter N. F. Jacobsen und E. M. Bunke, beide in Flensburg. Architekt K. G. M. Kaiser und E. F. F. Meyner in Leipzig-Lindenau. Bureaugehilfe H. F. Oehlenschläger in Ratekau und M. Martens in Neu-Ruppersdorf. Schriftsetzer H. Frech in Mannheim und E. F. J. Göllner in Edenkoben. Maschinist C. Timm in Kiel und A. S. F. Kutzleb. Schneider W. M. M. P. Völter und L. R. A. Hahn in Charlottenburg. Zimmermann E. C. H. H. Howoldt und E. H. M. Techen. Arbeiter F. H. H. Nau und F. M. D. Fredersdorf. Arbeiter F. W. Wermuth und P. H. W. Gundlach, beide in Hassee. 17. Arbeiter H. J. H. Grube und W. S. J. Behrens. Schlosser O. W. H. Behrens und E. L. M. C. Sterlie. Molkereibesitzer H. Kreker und M. S. E. Loppenstien. Schlosser F. A. P. Schmidt und F. W. A. Kleist. Schlosser M. G. Huber und M. M. F. Fick. Bureaugehilfe E. K. L. Poppe und J. C. A. Rab in Hamburg. 18. Maurer J. C. H. Barck und E. A. M. K. Thormann. Schmied F. W. H. Ruwoldt und M. H. S. Hudossky. Steinmetz A. O. K. Berger in Mölln und H. W. S. M. Tiedemann in Blankenese. Geschäftsreisender E. Wechsler und Sch. Weisinger beide in Hamburg. 19. Sattler Chr. C. F. Prieß in Schlutup und Witwe H. C. E. Nevermann geb. Gädert. Arbeiter H. J. W. Lange und J. M. Losch. Arbeiter F. H. J. Beyer und A. F. J. Woller. Schlachter A. H. Boll und F. W. E. Ehlers beide in Itzehoe. Arbeiter J. H. Chr. M. Schmidt und E. M. D. Lewitz beide in Hollenbeck. Zivil-Maschinist M. Stademann und F. Chr. Piepgras beide in Kiel.

Eheschließungen.

September. 15. Uhrmacher N. G. A. Becker und H. H. M. Saul. Arbeiter A. F. Pröhl und Witwe E. J. M. Harder geb. Wede. Lokomotivführer H. T. Sanden und M. L. C. Helck. 17. Schneidermeister Chr. J. Chr. Porath und Witwe A. E. S. Wodtke geb. Wichmann. 18. Klempnermeister H. T. Stahl und E. D. A. Fuhrmann. Kapitänleutnant F. H. Brutzer in Kiel und M. M. J. P. G. Hofstaetter. 19. Klaviertechniker E. P. E. H. A. F. Jack und O. Claaßen in Campow. Arbeiter R. W. H. Wackerow und M. J. H. Näve. Händler H. A. A. Kayatz und J. A. Kucklinski. Oberlehrer Dr. phil. H. W. H. Müller und A. M. G. E. Thormann in Sievertshagen. Arbeiter H. C. F. Fey und L. B. Herrmann.

Sterbefälle.

12. September. M. D. S. geb. Viel, Witwe des Arbeiters K. F. Väth, 64 J. 13. F. E. M. geb. Einfeldt, Witwe des Schlossers G. J. F. Carstens, 66 J. E. K. W. Pauls, 4 M. D. M. L. Isenhagen, 16 J. D. M. C. H. L. geb. Spalding, Witwe des Landmannes J. F. L. Schröder, 85 J. S. G. A. Schirmer, 3½ M. W. H. G. Nordström, 26 T. Schreiber H. H. M. Lensch, 24 J. 14. C. S. W. D. Dankert, 21 J. Arbeiter W. F. Th. Ibendorf genannt Ehlers, 57 J. C. D. geb. Stappenbeck, Witwe des Materialverwalters G. A. Steuernagel, 77 J. Arbeiter C. G. H. Wegner, 47 J. Arbeiter J. H. Chr. Oberfeld, 58 J. 15. Privatmann J. H. J. Struve, 77 J. H. E. S. geb. Ziething, Ehefrau des Feldwebels H. F. W. Fahrenberg, 24 J. W. K. H. Saffke, 3½ M. (Ravensbusch) 16. W. A. S. geb. Leu, Ehefrau des Schmiedes A. J. L. Blievernicht, 41 J. W. Klewe, 1 J. 3 M. C. D. F. A. geb. Schultz, Ehefrau des Oberzollkontrolleurs O. H. A. M. C. Engel, 30 J. 17. Ein totgeb. Knabe, V.: Arbeiter H. W. E. Giencke. B. Böttcher, 2 T. R. G. Hölzcker, 1 M. 28 T. C. M. M. Benick, 36 J. 18. H. F. A. Rosenquist, 1 M. 28 T. 19. M. M. F. Röpke, 7 M.

Aus Nah und Fern.

Der Orden auf dem Sarg. Wilhelm II. ließ durch den Statthalter von Elsaß-Lothringen auf dem Sarge des verstorbenen Geheimrats Dr. Jean Schlumberger in Gebweiler, den Kronenorden erster Klasse niederlegen. Vor einer Reihe von Jahren erhielt bekanntlich auch das Kanonenboot „Iltis" eine Ordensauszeichnung.

Ein Juwelendiebstahl in Meran. In einem Hotel in Meran wurden, wie von dort gemeldet wird, einem Kommerzienrat aus Magdeburg Juwelen im Werte von 23500 Kronen, 14 Hundertmarkscheine und 35 Zehnmarkscheine gestohlen. Auch in anderen Meraner Hotels sind in den letzten Tagen Diebstähle vorgekommen.

Eine Elefantenattacke in Budapest. Im Budapester Tiergarten ereignete sich nach einer Meldung von dort gestern vormittag eine aufregende Szene. Der Elefant, ein Geschenk des Kaisers Franz Josef an den Budapester Tiergarten, erfaßte den Wärter, der ihn geputzt und gereinigt hatte, mit dem Rüssel, drückte ihn gegen die Wand und durchbohrte mit seinen Stoßzähnen den Körper des Unglücklichen. Der Wärter wurde schwer verletzt in das Krankenhaus übergeführt. Der Elefant hatte schon früher einen Wärter getötet. Der verwundete Wärter ist von demselben Elefanten schon einmal angegriffen und verletzt worden, wurde dann zu einer anderen Abteilung versetzt, hat aber vor nicht langer Zeit sich selbst wieder zum Dienst als Wärter des Elefanten gemeldet.

Das „Haus der Capulets" in Flammen. In Verona brannte, wie von dort berichtet wird, das alte Gebäude ab, das von der Legende als der „palazzo capulet" bezeichnet und mit „Romeo und Julia" in Verbindung gebracht wird. Bei dem Brande fand eine Frau den Tod.

Der Unfall Orville Wrights. über den bereits gemeldeten Unfall, den der Wrightsche Aeroplan bei einem Flugversuche bei Fort Myer in Virginien erlitt, entnehmen wir Telegrammen aus Fort Myer folgendes: Mr. Wright, der Erfinder des Aeroplans, war mit dem amerikanischen Leutnant Selfridge in seinem Aroplan aufgestiegen. Als die Maschine sich mit der Geschwindigkeit eines Eisenbahnzuges durch die Luft bewegte, sah die große Zuschauermenge plötzlich den Flügel der Schraube an der linken Seite des Luftschiffes abfliegen. Die Maschine begann sofort wie ein verwundeter Vogel unsicher zu flattern, überschlug sich sodann vollständig und stürzte aus einer Höhe von 75 Fuß zur Erde. Es erhob sich eine große Staubwolke, die das Wrack verhüllte. Der Kommandant des Forts ließ sofort durch Militär das herandrängende Publikum zurückhalten. Um die Verunglückten, die unter der Maschine lagen, hervorholen zu können, mußte man das ganze Wrack aufheben, wobei sich die vielen Drähte des Aeroplans sehr hinderlich erwiesen. Mr. Wright, der ein Bein gebrochen hatte, versuchte mit verzerrtem Gesicht zu lächeln und zu sprechen, aber seine Worte verhallten in dem Getümmel. Die wirkliche Ursache des Unfalles war, wie bereits mitgeteilt, ein Bruch des Schraubenflügels. Mr. Wright hatte erst am Tage vor diesem unglücklichen Versuche die bisher gebrauchten Schrauben durch längere ersetzt, weil er glaubte, mit längeren Schraubenblättern größere Resultate erzielen zu können. Das Blatt war dicht am Schaft abgebrochen und fünfzig bis sechzig Fuß weit geschleudert worden. Man glaubt, daß der Luftschiffer die Schrauben zu sehr anstrengte. Als die linke Schraube aufhörte zu arbeiten, setzte die rechte ihre Drehungen fort und kippte dadurch den Aeroplan um. Der Erfinder und Leutnant Selfridge befanden sich vor und während der Fahrt in bester Stimmung. Man sah sie sich unterhalten und lachen und der Leutnant winkte mehrfach seinen unter den Zuschauern befindlichen Bekannten zu. Daß die neuen Schrauben nicht ganz der Erwartung entsprachen, war daraus ersichtlich, daß die Maschine, nachdem sie von der Gleitschiene abgelaufen war, auf den Boden aufschlug und Schwierigkeiten hatte, zu steigen. Diese Schwierigkeiten verschwanden jedoch, als sie eine Höhe von fünfzig Fuß erreicht hatte. Es lief das Gerücht um, daß jemand den Apparat beschädigt habe, aber die Offiziere erklären, daß dieses Gerücht jeder Begründung entbehre. Es wird immerhin getadelt, daß man den Aeroplan nicht genügend bewachte. Zahlreiche Neugierige drangen unbehelligt in den Schuppen, in dem der Apparat stand, drehten die Schrauben und betasteten auch sonst die Maschine. Der verunglückte Luftschiffer verlor auf dem Wege nach dem Hospital das Bewußtsein, gewann es jedoch wieder. Zu dem an seinem Bette sitzenden Offizier sagte er: „Ich befürchte, wir können heute abend nicht mit General Crozier essen." Nach diesen Worten verlor er wieder das Bewußtsein. Leutnant Selfridge, der Sohn des gleichnamigen Admirals, war ebenfalls erfahrener Luftschiffer und der amerikanischen Luftschifferabteilung zugeteilt. Der junge Offizier starb im Verlaufe des Abends an der schweren Schädelwunde, die er bei dem Sturze erlitten hatte.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.